

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 27.12.2024–02.01.2025

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	12
Meinung.....	34

News

Bundeswehrgeneral: Heer muss sich auf "Kampf heute Nacht" vorbereiten

<https://dert.tech/inland/230846-bundeswehrgeneral-heer-muss-sich-auf/>

27.12.2024

"Kriegstüchtig" erst im kommenden Jahrzehnt? Das genügt nicht, findet der Kommandeur des Feldheeres der Bundeswehr. Man müsse sofort kämpfen können, schreibt der General in einem Artikel, und fordert von der Truppe mehr Realismus und Pragmatismus.

Der Bundeswehrgeneral Harald Gante hat gefordert, dass das Heer sich auf einen "Kampf heute Nacht" vorbereiten müsse. Gante ist nicht irgendein General, sondern "Kommandeur Feldheer im Kommando Heer". In einem Gastbeitrag für die Seite *CPM Defence Network* schreibt der Generalleutnant, dass das deutsche Heer bereits jetzt bereit zur "Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV)" sein müsse. Die Einschätzung der Bedrohung durch Russland habe sich geändert. Bereits jetzt sei mit begrenzten Angriffen zu rechnen:

"Mittlerweile werden die Potentiale Russlands und seiner Streitkräfte anders bewertet. Bereits in fünf Jahren könnten die Rekonstitution und der Aufwuchs der russischen Streitkräfte abgeschlossen sein. Ein vollumfänglicher Angriff Russlands auf einen NATO-Staat könnte trotz anhaltender Bindung russischer Truppen im Ukrainekrieg damit bereits in 2029 erfolgen; die Durchsetzung einer begrenzten Ambition ab sofort und jederzeit."

Die Bundeswehr und vor allem das Heer müssten schneller "kriegstüchtig" werden. Wenn Russland sich zu einem Angriff entschließe, dann, "solange wir schwach aussehen". Die Folgerung Gantes:

"Wir müssen bereits heute ohne Einschränkungen einsatzbereit für die Landes- und Bündnisverteidigung werden. Wie Mittel für dieses Ziel priorisiert und eingesetzt werden, hängt auch von der Vorstellung ab, wie sich ein Krieg gestalten wird und vor allem, wann dieser geführt werden muss. Dieses sogenannte Kriegsbild bietet somit Orientierung für unser tägliches Handeln."

Notwendig sei die bereits praktizierte langfristige Vorausschau auf mögliche Konfliktszenarien und die damit einhergehende Planung und Beschaffung. Aber müsse sich auch konkret für militärische Konflikte in der Gegenwart vorbereiten:

"Jedoch darf der Plan für eine zukunfts feste Bundeswehr nicht der Bundeswehr im Hier und Jetzt im Wege stehen. Unter der derzeitigen Bedrohungslage und der knappen Zeit zur Herstellung unserer Kriegstüchtigkeit, reicht es nicht mehr, das potentielle Schlachtfeld der Zukunft zu analysieren und zur Priorisierung heranzuziehen. Vielmehr müssen wir zuvorderst das derzeit zu erwartende Kriegsbild – zumindest für die Zeit bis 2029 – als Maßstab für Priorisierungsentscheidungen anlegen. Das Spannungsfeld zwischen "Auffüllen des Heeres zur Kriegstauglichkeit mit verfügbarer Technik" und "Beschaffung zukunfts fähiger Systeme für zukünftige Kriege" wird damit bis auf Weiteres die Fähigkeitsentwicklung beeinflussen."

Dazu müsse man Lehren aus dem Ukrainekrieg ziehen, dem "Kampf der ukrainischen Streitkräfte gegen die russischen Invasoren", wie der General sich ausdrückt. Auch wenn es das Ziel der NATO sei, einen russischen Angriff nach kurzer Zeit zurückzuwerfen, müsse man sich auf einen langwierigen Krieg einstellen. Dazu brauche man die Fähigkeit, "die Versorgung mehrerer Divisionen im Gefecht und zum Feldersatz über mehrere Jahre aufrechterhalten zu können".

Derzeit übernahmen NATO- und EU-Staaten die Ausbildung des ukrainischen "Feldersatzes". Die Bundeswehr könne aber nicht darauf rechnen, im Ernstfall Hilfe von anderen Staaten bei der Ausbildung zu erhalten und brauche deshalb eigene Kapazitäten:

"Besonders kritisch wird die Phase zwischen dem Einsatz der aktiven Truppenteile des Heeres und dem Anlaufen eines Feldersatzwesens sein. Hier wird die Reserve als Brücke zwischen den aktiven Soldatinnen und Soldaten und den Ungedienten eine tragende Rolle spielen müssen."

Defizite sieht Gante auch bei der "taktischen Führungsfähigkeit des Heeres" und vor allem bei der Ausstattung:

"Kritische Lücken finden sich bei unserer Führungsfähigkeit, der Führungs- und Einsatzunterstützung, der Ausstattung mit unbemannten Systemen zur Gefechtsfeldbeobachtung und Wirkung, der Fähigkeit zur Flugabwehr im Nächstbereich inkl. der Drohnenabwehr sowie weitreichendem, indirektem Feuer."

Zwar seien bereits zahlreiche Rüstungsprojekte beschlossen worden, allerdings würden die Lücken erst Mitte der Dreißigerjahre geschlossen sein. Man benötige aber bereits jetzt "Vollausstattung":

"Schließlich lernen wir aus dem Ukrainekrieg, dass Quantität neben der Qualität von Waffensystemen eine wichtige Rolle spielt. Wir benötigen Vollausstattung in der aktiven und der nicht-aktiven Truppe. Gegebenenfalls bedeutet dies auch, dass wir bei Rüstung und Beschaffung zum Erhalt unseres Levels of Ambition noch mehr als bisher den Faktor "Verfügbarkeit" berücksichtigen müssen."

Dabei hält der General Schnelligkeit und Masse für wichtiger als Innovation:

"Als Kommandeur des Feldheeres akzeptiere ich, dass nicht die jüngsten Innovationen für ein Rüstungsvorhaben berücksichtigt werden, wenn dafür das von der Truppe benötigte Material zügig und in hoher Stückzahl zuläuft."

Dazu benötigt man "pragmatische Lösungen", auch jenseits der traditionellen Beschaffungswege. Als Beispiel nennt Gante die Arbeit der "Task Force Drohne". Darüber hinaus mahnt er eine realistische Darstellung des Feindpotenzials bei Übungen und einen konstruktiven Umgang mit Fehlschlägen an:

"Niederlagen sind ohnehin nicht zwingend Resultat einer schlechten Führerleistung, sondern können auch in fehlender Ausstattung oder untauglichen Strukturen begründet liegen. Wenn wir unsere Truppe fit für den 'heutigen' Krieg machen wollen, dann müssen unsere Truppenführer lernen, Defizite durch Anpassungsfähigkeit zu verringern."

Am Ende seines Beitrags mahnt der General noch einmal zu Realismus und Pragmatismus:

"An vielen Rahmenbedingungen kann das Heer nichts ändern. Der Zulauf von Material ist nicht nur durch Finanzmittel begrenzt, sondern auch von den Produktionskapazitäten der Industrie. Es liegt jedoch in unseren Händen, ein realistisches Kriegsbild als Maßstab anzulegen, um pragmatisch Defizite aufzufangen. Denn ein Verschließen der Augen vor der Gefahr eines "Kampfes heute Nacht" können sich die Soldatinnen und Soldaten des Deutschen Heeres nicht leisten. Der Preis, den sie – und somit wir alle – in diesem Fall zu zahlen haben, ist dafür zu hoch."

* * *

Filmkritikerin: Russland hat im Jahr 2024 eine Menge guter Filme produziert

<https://dert.tech/russland/230989-filmkritikerin-russland-hat-2024-eine-menge-guter-filme-produziert/>

28.12.2024

In den letzten Tagen des Jahres 2024 fasst man das russische Kinojahr zusammen. Nach der Trennung vom Westen mussten die russischen Filmemacher ihren eigenen Weg finden – und wie es scheint, ist ihnen das gelungen, meinen Experten.

Verfilmungen russischer Märchen, ein Kassenschlager nach Bulgakows "Der Meister und Margarita" und Sportdramen – das russische Kino hat im Jahr 2024 neue Dimensionen angenommen. Während in den letzten zwanzig Jahren Hollywood-Filme und russisch-US-amerikanische Koproduktionen die russischen Leinwände dominierten, musste das russische Kino im dritten Jahr des Militäreinsatzes in der Ukraine endlich lernen, unabhängig zu sein. Dabei ist es sehr interessant zu beobachten, wohin und wie sich das russische Kino entwickelt.

Im Jahr 2024 haben es laut dem Fachportal *Proficinema* 184 russische Filmprojekte in die Kinos geschafft. Das Portal schreibt:

"Die Top Ten des russischen Films für das auslaufende Jahr weckt ... in Bezug auf die Zahlen echte Begeisterung ... Im Jahr 2024 spielten acht einheimische Filme mehr als eine Milliarde Rubel ein. In der gesamten Geschichte der Beobachtung wurde diese Grenze von einem bis drei Filmen jährlich überschritten ... Seit Langem waren keine Verfilmungen klassischer russischer Literatur mehr an der Spitze der Kinokassen zu finden, doch das

vergangene Jahr hat diesen Rückstand mehr als wettgemacht: Zu den umsatzstärksten Filmen gehören 'Der Meister und Margarita' von Bulgakow, 'Hundert Jahre vorwärts' von Bulytschjow und 'Onegin' von Puschkin."

Die Kolumnistin und Filmkritikerin der Zeitung *Rossijskaja Gaseta* Susanna Alperina sagte in einem Gespräch mit Radio 1, dass Russland im Jahr 2024 einige gute und hochwertige Filme produziert habe. "Mir hat der Film 'Der Meister und Margarita' besonders gut gefallen – er wurde zu einem echten Ereignis, obwohl sich dieses Buch nicht für eine Verfilmung eignet. Die Filmemacher haben einen guten Weg gefunden", sagte sie. Der Filmkritikerin zufolge sind alle Filme, die heute ins russische Kino gelangen, sehr gut gemacht, mehrdimensional und häufig von großer Tiefe.

Eine neue Renaissance erleben auch Märchenverfilmungen. Einst, zu Sowjetzeiten, wurden Volksmärchen von den damaligen Meistern der Filmregie verfilmt und mit Stars besetzt. Heute gehören mehrere Märchenfilme zu den erfolgreichsten Filmprojekten – "Ogniwo", "Das fliegende Schiff", "Die drei Bogatyr" und "Die Bremer Stadtmusikanten".

Der Erfolg der russischen Filme lässt sich auch in Zahlen ausdrücken. So erklärte Kulturministerin Olga Ljubimowa der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*, dass die russischen Kinoeinnahmen in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr um ein Viertel gestiegen sind. Ljubimowa sagte, dass Mitte Dezember das Volumen des russischen Filmverleihs 43 Milliarden Rubel (über 390 Millionen Euro) überstieg, wovon 77 Prozent auf einheimische Filme entfallen. Die Einspielergebnisse russischer Filme im Juni/Juli des Jahres 2024 waren die höchsten in den letzten drei Jahren, berichtete das Kulturministerium im August. Das Volumen des Filmverleihmarktes erreichte in diesem Zeitraum 5,4 Milliarden Rubel (etwa 49 Millionen Euro). Das sind 1,5 Milliarden Rubel (über 13 Millionen Euro) mehr als im Jahr 2023 und drei Milliarden Rubel (über 26 Millionen Euro) mehr als im Jahr 2022.

* * *

Ukraine: Gedenkstätte für SS-Obersturmführer im UNESCO-Weltkulturerbe

<https://dert.tech/europa/231076-ukraine-gedenkstaette-fuer-ss-obersturbannfuehrer-in-unesco-weltkulturerbe/>

29.12.2024

Dass für ukrainische Nazikollaborateure in der heutigen Ukraine Gedenkstätten errichtet werden, ist an sich nichts Neues. In der westukrainischen Stadt Rogatin hat man ein solches Museum allerdings in einer UNESCO-Weltkulturerbestätte eingerichtet. Das sorgt international für Aufsehen.

Von Anton Gentzen

Die westukrainische Stadt Rogatin (ukrainisch Rohatyn) im Gebiet Iwano-Frankowsk betreibt ein Museum, das einem SS-Obersturmführer gewidmet ist und ihn heroisiert. International bekannt wurde dies, als die Museumsverwaltung vor Kurzem Bauleistungen zum Austausch von Fenstern ausschrieb.

Gewürdigt wird mit dem Museum Nikolai Ugrin-Besgrischny (1883–1960), auf Wikipedia als "Dichter, Schriftsteller und Diplomat" bezeichnet. Bevor er sich 1943 freiwillig zur Waffen-SS meldete und dort Karriere machte, hatte sich Ugrin-Besgrischny als Herausgeber und Chefredakteur der örtlichen Zeitung Rogatinske Slowo betätigt, in der er gegen Juden hetzte und offen deren Vernichtung propagierte.

Am 21.11.1941 triumphierte das Blatt, nachdem das Blutigste erledigt war:

"Die Bevölkerung der Dörfer auf beiden Seiten des Sbrutsch ist ausschließlich ukrainisch und, wie ich hinzufügen möchte, nationalbewusst. In den Städten gibt es natürlich einen gewissen Prozentsatz von Juden, der heute zweifellos geringer ist, und in Galizien gibt es noch eine gewisse Beimischung von Polen. Die Juden in den Dörfern wurden auf die eine oder andere Weise liquidiert, was in einigen Dörfern recht 'feierliche' Formen annahm."

Dank der Aktivitäten Ugrin-Besgrischnys und seinen Gesinnungsgenossen gelang es den Nazis und der ukrainischen Hilfspolizei, so gut wie alle Juden von Rogatin und Umgebung zu vernichten – mehr als 12.000 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder.

Auf seine Initiative hin wurde die zentrale Straße von Rogatin in Adolf-Hitler-Straße umbenannt. 1943 trat der Nazi in die SS-Division "Galizien" ein. Er starb 1960 in Deutschland.

Dass für ukrainische Nazikollaborateure in der heutigen Ukraine Gedenkstätten errichtet werden, ist an sich nichts Neues. Auch nicht, dass Straßen nach ihnen benannt werden, auch in Rogatin ist eine Straße nach Ugrin-Besgrischny benannt. Das Pikante an der Situation in Rogatin ist jedoch, dass das Museum im Museumskomplex der Heilig-Geist-Kirche eingerichtet wurde, das auf die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen wurde.

Deshalb erregt der Fall jetzt international Aufsehen. Eduard Dolinsky allerdings, der regelmäßig auf Fälle der Ehrung von Tätern des Holocaust in der Ukraine hinweist, hatte die Existenz des Museums für einen Antisemiten in SS-Uniform schon 2020 publik gemacht, damals ohne gebührende Resonanz.

* * *

NDR löscht heimlich Falschaussagen zu NATO-Stützpunkt in Rostock und Zwei-plus-Vier-Vertrag

<https://dert.tech/inland/231281-ndr-loescht-heimlich-falschaussagen-zu/>

30.12.2024

Der NDR hat in einem Artikel massive Falschaussagen zum neuen NATO-Stützpunkt und zum Zwei-plus-Vier-Vertrag getätigt. Wie der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring auf seinem Blog berichtet, hat der Sender Teile des Beitrags nun gelöscht – nach acht Wochen.

Die öffentlich-rechtlichen Sender haben sich in der Berichterstattung über den neuen und wahrscheinlich völkerrechtswidrigen NATO-Stützpunkt bereits eklatante Fehler geleistet, doch nun hat der NDR dem ganzen die Krone aufgesetzt, indem er mit acht Wochen Verspätung eine falsche Behauptung zum Zwei-plus-Vier-Vertrag stillschweigend löschte. Darauf weist der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring auf seinem Blog hin.

Im NDR-Artikel "Maritimes Hauptquartier in Rostock: Experten weisen Kritik aus Russland zurück" vom 23. Oktober 2024 stand knapp zwei Monate lang die offensichtliche Falschbehauptung zum Zwei-plus-Vier-Vertrag:

"Verbietet der Vertrag NATO-Streitkräfte in Ostdeutschland? Ja, aber nur bis zum Abzug der sowjetischen Truppen im Jahr 1994. In dieser Übergangsphase war es verboten, ausländische Streitkräfte – also auch NATO-Truppen – in Ostdeutschland zu stationieren oder militärische Aktivitäten durchzuführen. Nach 1994 endete diese Beschränkung. Seither dürfen deutsche Truppen

in Ostdeutschland stationiert werden, auch solche, die NATO-Strukturen angehören. Ein generelles Verbot für NATO-Streitkräfte in diesem Gebiet gibt es nach 1994 nicht mehr."

Der letzte Satz ist jedoch offensichtlich falsch, da der dritte Absatz von Artikel 5 des Vertrags ignoriert wird. Dort wird die Stationierung oder Verlegung ausländischer Streitkräfte auf Dauer explizit ausgeschlossen:

"Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert, noch dorthin verlegt."

Die Passage mit dem falschen Satz ist seit dem 20. Dezember nicht mehr vorhanden. Auch das "FAQ zum Zwei-plus-Vier-Vertrag" am Ende des Artikels wurde gelöscht, stattdessen findet man dort nun einen Link zum Zwei-plus-Vier-Vertrag. Häring kommentiert die Änderung wie folgt:

"Es ist bedenklich genug, dass ein öffentlich-rechtlicher Sender zwei Monate braucht, um eine offensichtliche und bedeutsame Falschbehauptung zu korrigieren, auf die er vielfach hingewiesen wurde. Offenbar ist das Thema so politisch, dass nur der Intendant die Korrektur verfügen konnte, und nur nachdem das übliche Abwiegen gegenüber Kritikern und Gremien wegen allzu offensichtlicher Fehlerhaftigkeit nicht mehr möglich war."

Bedenklich sei auch, wie die Redaktion mit der Änderung des Artikels umgeht. Am Ende des Beitrags steht nun einfach:

*"20.12.2024 11:34 Uhr
Hinweis der Redaktion: Wir haben den Artikel aktualisiert."*

Laut Häring konnte der Fehler offenbar nicht transparent korrigiert werden, sonst hätte man nämlich den ganzen Artikel löschen müssen, denn im restlichen Beitrag verbreiten vermeintliche Experten ähnliche Fehlbehauptungen.

Im Artikel wird Sebastian Bruns von der Uni Kiel zitiert mit den Worten:

"In Artikel 5 des Vertrags heißt es, dass bis zum Abzug der sowjetischen Truppen keine ausländischen Streitkräfte in Ostdeutschland stationiert werden dürfen. Dieser Abzug war jedoch bereits 1994 abgeschlossen, und der Vertrag sieht nach dieser Frist keine dauerhafte Beschränkung vor. Ich empfehle allen, den Zwei-plus-Vier-Vertrag selbst zu lesen. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen gibt es keine Verpflichtung mehr, die Stationierung ausländischer Kräfte grundsätzlich zu verbieten."

Auf Nachfrage Härings stellte sich heraus, dass der vermeintliche Experte gar kein Experte war. Bruns teilte mit, der Sender habe seinen Nachsatz weggelassen, dass er "als Politikwissenschaftler und Marineexperte diese Beurteilung ganz gerne den Völkerrechtsexperten überlasse".

Brunns erklärte auch, die Basis für seine Aussage war nicht etwa der Vertrag gewesen, sondern ein Faktencheck der *Deutschen Welle* zum Thema. In diesem haben die Autoren ihre Aussagen recht kunstvoll arrangiert, sodass beim oberflächlichen Lesen der Eindruck entsteht, dem sowohl Bruns als auch der *NDR* aufgesessen sind.

Somit ist laut Häring auch offensichtlich, weshalb es dem *NDR* nicht möglich war, den Fehler transparent zu korrigieren, ohne eine Kettenreaktion aus Fehlerkorrekturen auszulösen.

* * *

"Mehr Freiheit für Telegram in Russland" – Pawel Durow zu Sperrung russischer Medien in der EU

<https://dert.tech/europa/231392-mehr-freiheit-fuer-telegram-in-russland-durow-zu-sperrung-russischer-medien-in-eu/>

31.12.2024

Telegram-Gründer Pawel Durow äußerte sich zum ersten Mal zur Sperrung russischer Medien auf Telegram. RT-Konten auf Telegram hatten zu den ersten Medien gehört, die noch im Frühjahr 2022 im EU gesperrt worden waren.

"Der Zugang zu bestimmten russischen Medien wurde in der EU im Rahmen der DSA/Sanktionsgesetze eingeschränkt", stellte Pawel Durow, Gründer des globalen Messenger-Netztes Telegram, auf seinem Kanal fest. Damit hat er die Sperrung großer russischer Medien, darunter der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* und der Zeitung *Iswestija*, im EU-Raum kommentiert. Er wies darauf hin, dass alle Telegram-Kanäle westlicher Medien in Russland hingegen weiterhin frei zugänglich seien. Seine Stellungnahme beendete Durow mit der rhetorisch formulierten Frage:

"Wer hätte gedacht, dass im Jahr 2025 russische Telegram-Nutzer mehr Freiheit genießen würden als europäische?"

Im Mai hatte der Rat der Europäischen Union Medieninhalte von *Voice of Europe*, *RIA Nowosti*, *Iswestija* und der *Rossiskaja Gaseta* im ganzen EU-Raum wegen "Kriegspropaganda" verboten. Nun folgte die Sperrung auch auf Telegram. Andere Medien, darunter *NTW/NTW Mir*, *Rossija 1*, *REN TV*, der *Perwy Kanal* sowie *RT* und *Sputnik*, waren noch im Jahr 2022 kurz nach Beginn der russischen Militäroperation mit einem Verbot belegt wrden. In einigen Ländern wie z. B. Lettland wurde die Ausstrahlung von 80 russischen Fernsehsendern eingeschränkt.

Früher war der Telegram-Gründer von der *RT*-Chefin Margarita Simonjan für Nachgiebigkeit gegenüber Zensurforderungen vonseiten Behörden im Westen kritisiert worden. "Pawel Durow verließ Russland, um nicht mit den (russischen) Geheimdiensten zusammenzuarbeiten. Er arbeitete teilweise mit den westlichen Geheimdiensten zusammen – zumindest hielt er sich strikt an die Anweisung, *RT* in den Ländern zu blockieren, gegen Sanktionen gegen den Sender verhängt haben. Das hat nicht geholfen."

Am 24. August war der Telegram-Gründer in Paris verhaftet worden. Grund war die angebliche Weigerung seiner Plattform gewesen, mit den französischen Strafverfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten. Wenige Tage später kam Durow gegen Zahlung einer Kaution frei. Durow darf aber Frankreich nicht verlassen.

RT-Sperrung auf Telegram: Einzelheiten

Die Telegram-Kanäle von *RT DE* und anderer Sender der *RT*-Familie sind für europäische Nutzer bereits seit Frühjahr 2022 gesperrt. Auch Nutzern aus Deutschland und Österreich wird beim Versuch, einen *RT*-Kanal aufzurufen, statt der Inhalte die oben zitierte Meldung angezeigt. Nach Angaben von Nutzern aus der Schweiz sind die Telegram-Kanäle von *RT DE*, *RIA Nowosti* und *IZ.ru* mit Schweizer Mobilfunknummern bislang ungehindert zugänglich.

Der in Spanien lebende oppositionelle ukrainische Journalist und Blogger Anatoli Scharij kommentierte die Zensurmaßnahmen mit den Worten:

"Die Telegram-Kanäle von RIA Nowosti, RT und Iswestija sind in Europa blockiert. Inhaber europäischer SIM-Karten können sie nicht mehr sehen. Die klugen Köpfe der Europäischen Kommission haben an ihrer Stelle bereits entschieden, was gelesen werden darf und was nicht."

* * *

Zum Ende des russischen Gastransits durch die Ukraine: Der Stand der Dinge und die absehbaren Folgen

<https://dert.tech/europa/231454-zum-ende-russischen-gastransits-durch/>

01.01.2025

Ungeachtet aller finanziellen Unterstützung und aller Waffenlieferungen aus den EU-Ländern hat Kiew sich geweigert, den Gastransitvertrag mit Moskau zu verlängern. Alle Appelle seitens der EU-Staaten haben nicht gefruchtet – und einzig dazu geführt, dass die Energiesicherheit der Unterstützer Kiews nun gefährdet ist.

Russland hat am 1. Januar 2025 um 8 Uhr Moskauer Zeit offiziell die Gaslieferungen an die EU über die Ukraine eingestellt, nachdem monatelange Verhandlungen über eine Verlängerung des Transitabkommens mit Kiew gescheitert waren. Hier erfahren Sie, wie es zu dieser Entwicklung kam und was sie für den europäischen Gasmarkt bedeutet.

1. Worum geht es eigentlich?

Eine Reihe von EU-Staaten erhielt im Rahmen eines 2019 unterzeichneten Fünfjahresvertrags zwischen dem russischen Energieriesen Gazprom und dem staatlichen ukrainischen Energieunternehmen Naftogaz russisches Pipeline-Gas über das ukrainische Transitnetz. Der Vertrag sah vor, dass Gazprom im Jahr 2020 65 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Ukraine transportiert und von 2021 bis 2024 jährlich 40 Milliarden Kubikmeter. Das Abkommen lief am 31. Dezember aus.

2. Warum wurde der Vertrag beendet?

Die Ukraine hatte wiederholt erklärt, dass das Abkommen nicht verlängert werden würde, solange der Konflikt mit Russland andauert, trotz der Bedenken europäischer Staaten, die weiterhin von russischer Energie abhängig sind. Der ukrainische Premierminister Denis Schmygal bekräftigte Anfang des Monats, dass Kiew ab dem 1. Januar 2025 den Transport von russischem Gas einstellen und sein Pipelinesystem nur noch für die Lieferung von Gas von alternativen Lieferanten nutzen werde. Das ukrainische Energieministerium gab bekannt, dass der Transport von russischem Gas durch die Ukraine "im Interesse der nationalen Sicherheit gestoppt wurde."

3. Wie hat Russland reagiert?

Gazprom gab am Mittwochmorgen bekannt, dass es die Lieferungen durch die Ukraine bereits eingestellt habe, und erklärte, dass es "der technischen und rechtlichen Möglichkeit beraubt wurde", den Gasfluss aufrechtzuerhalten, "aufgrund der wiederholten und klaren Weigerung" Kiews, das Transitabkommen zu verlängern. In einem Kommentar zum bevorstehenden Ende des Abkommens in der vergangenen Woche sagte der russische Präsident Wladimir Putin, dass Kiew die EU "bestrafe", indem es sich weigere, das Abkommen zu verlängern, da die Entscheidung zu höheren Energiepreisen führen werde. Auf seiner jährlichen Pressekonferenz am 19. Dezember erklärte Putin, selbst wenn das Transitabkommen nicht mehr bestehe, würden weder Russland noch Gazprom davon stark betroffen sein.

4. Wen trifft es am härtesten?

Das ukrainische Transitnetz ist mit den Pipelinesystemen von Moldawien, Rumänien, Polen, Ungarn und der Slowakei verbunden und führt dann weiter nach Österreich und Italien. Die Slowakei wird am stärksten von der Unterbrechung der Gaslieferungen betroffen sein, da sie etwa 60 Prozent ihres Bedarfs durch russische Lieferungen über die Ukraine deckt. Auch Moldawien, eine frühere Teilrepublik der Sowjetunion und inzwischen EU-Beitrittskandidat, könnte durch das Ende des Transitabkommens ernsthaft betroffen sein, da es einen Großteil seines Stroms in einem mit russischem Gas betriebenen Kraftwerk erzeugt.

5. Wird das gesamte russische Gas über die Ukraine nach Europa transportiert?

Russland exportiert Gas auch auf dem Seeweg nach Europa, und zwar in Form von Flüssigerdgas (LNG), außerdem über die TurkStream-Pipeline. Die Route führt von Russland über das Schwarze Meer in die Türkei und dann weiter bis zur Grenze zum EU-Mitglied Griechenland. Sie verfügt über zwei Leitungen, eine für den türkischen Inlandsmarkt und die andere zur Versorgung mitteleuropäischer Kunden, darunter Ungarn und Serbien.

6. Welche anderen Versorgungsalternativen hat die EU?

Nach der Eskalation des Ukraine-Konflikts im Februar 2022 hat die Europäische Union es sich zur obersten Priorität gemacht, ihre Importe von russischen Energieträgern zu verringern. Die EU hat die Einfuhr von Pipelinegas aus Norwegen erhöht und mit Flüssiggas aus Katar und den USA alternative Quellen gefunden. Allerdings sind LNG-Importe viel teurer als russisches Pipelinegas. Obendrein sind die LNG-Lieferungen in die EU derzeit gefährdet, da der designierte US-Präsident Donald Trump kürzlich erklärte, er spiele mit dem Gedanken, Zölle auf Lieferungen in die EU zu erheben, wenn Europa nicht mehr amerikanisches Gas kaufe, während Katar aufgrund der neuen EU-Gesetzgebung zu CO₂-Emissionen mit der Einstellung der Lieferungen gedroht hat.

7. Wie wird sich dies auf die Gaspreise in der EU auswirken?

Viele Experten haben davor gewarnt, dass der Verlust des Gastransits durch die Ukraine zu einem neuen Anstieg der Energiepreise in der gesamten Europäischen Union führen könnte. Unter Berufung auf eine Analyse des wichtigsten Gasversorgers und -händlers der Slowakei, SPP, warnte der slowakische Premierminister Robert Fico letzte Woche, dass die Gaslieferungen durch die Ukraine zwar nur 3,5 Prozent des EU-Verbrauchs ausmachten, ein Abbruch der Lieferungen jedoch den gesamten Markt stören würde. Er wies darauf hin, dass dies zu einem Anstieg der Gaspreise in der gesamten EU um etwa 30 Prozent führen könnte, was zusätzliche jährliche Kosten von 40 bis 50 Milliarden Euro für europäische Haushalte und Infrastruktur bedeuten würde.

8. Gibt es eine Möglichkeit, die Angelegenheit zu regeln?

Russland hat wiederholt seine Bereitschaft signalisiert, das Transitabkommen zu verlängern und die Gaslieferungen durch die Ukraine über das Jahr 2024 hinaus fortzusetzen, aber Kiew hat sich unnachgiebig geweigert. Das *Handelsblatt* hatte zuvor berichtet, dass die EU die Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Gazprom Export und einem europäischen Energieunternehmen in Erwägung ziehe, das Gas an der russisch-ukrainischen Grenze kaufen, in die EU transportieren und den ukrainischen Gasnetzbetreiber für den Transit bezahlen könnte, um die Notwendigkeit direkter Verträge zwischen Moskau und Kiew zu beseitigen. Allerdings wurde der Bericht weder von offizieller Seite bestätigt, noch gibt es Berichte über Fortschritte diesbezüglicher Gespräche.

* * *

Widerstandsbewegung in der Ukraine: Kiews Truppen massakrieren beim Rückzug Zivilisten

<https://dert.tech/europa/231525-widerstandsbewegung-in-ukraine-kiews-truppen-massakrieren-beim-rueckzug-zivilisten/>

02.01.2025

Ukrainische Behörden evakuieren gewaltsam die Bevölkerung aus den frontnahen Gegenden, teilt der Widerstand mit. Männer würden dabei für den Kriegseinsatz zwangsrekrutiert, und besonderes Interesse gelte den Kindern. Wer nicht wegfahren will, werde vom Militär getötet.

Einheiten des ukrainischen Militärs veranstalten bei ihrem Rückzug Massenhinrichtungen von Zivilisten, die sich Anordnungen zur Evakuierung widersetzen und deshalb als unzuverlässig gelten. Hierüber informiert Dosor (dt.: Wachpatrouille), eine der bürgerlichen Organisationen, die in der Ukraine dem Kiewer Putschistenregime Widerstand leisten, Journalisten der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Aus Gegenden in Frontnähe wird die Bevölkerung gewaltsam evakuiert. Dabei werden die Männer den Wehrämtern zugeleitet."

Auf gewaltsame Evakuierung von Kindern, nötigenfalls auch getrennt von ihren Familien, deuten die Gesprächspartner von TASS hin:

"Als separate Aufgabe steht die Evakuierung von Kindern."

Glücklicherweise könne man dem durch Bestechung entgehen – falls man das nötige Geld hat:

"Auch diese Frage wird mit Geld geregelt – ab 1.500 Griwna aufwärts."

Wer sich der Zwangsevakuierung erfolgreich entzogen hat, sei deswegen nicht annähernd in Sicherheit, so der Dosor-Vertreter:

"Fakten wurden registriert: Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich im Rückzug befinden, werfen Handgranaten in Keller, in denen Zivilisten Schutz suchen, oder erschießen diese Menschen – weil sie sie für Separatisten halten."

Evakuierungsmaßnahmen, die mit mehr oder weniger Zwang einhergingen, ließen die ukrainischen Behörden zu unterschiedlichen Zeitpunkten der militärischen Sonderoperation an allen Frontabschnitten durchführen, wo und sobald Russlands Streitkräfte, gemessen am Durchschnitt, schneller und größere Geländegewinne verbuchten – aber nicht nur dort. Und meist galt dabei ein separates Interesse den Kindern, deren Eltern sie nicht immer wiederfinden können.

Über Morde, die ukrainische Truppen bei ihrem Rückzug an zurückbleibenden Zivilisten begingen, berichteten Überlebende und Zeugen.

Dosor lautet beziehungsweise lautete auch der Name einer bürgerlichen Vereinigung, die in der Ukraine die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung vertrat. Sie war ab dem Jahr 2008 in der Hafenstadt Odessa aktiv, der Hauptstadt des gleichnamigen Gebietes der ehemaligen Ukrainischen SSR. Ob es bei den Gesprächspartnern von TASS um dieselbe Organisation beziehungsweise deren Nachfolger geht, wird nicht präzisiert; über Aktionen einer Organisation mit dem Namen Dosor

weit außerhalb des Gebietes Odessa, zum Beispiel in den Gebieten Kiew oder Tschernigow, wurde in der Vergangenheit berichtet.

* * *

Analyse

Das auslaufende Jahr zerstörte freundschaftliche Gefühle zwischen Polen und Ukrainern

<https://dert.tech/meinung/230734-auslaufende-jahr-zerstoerte-freundschaftliche-gefuehle/>
27.12.2024

Die russische Sonderoperation in der Ukraine schien Polen und Ukrainer einander nähergebracht zu haben. Doch 2024 markiert einen Wendepunkt: Das gegenseitige Misstrauen kehrt zurück, und die Sympathien zwischen den beiden Völkern schwinden rapide.

Von Nikolai Storoschenko

"Das Ende der Flitterwochen" – so beschreiben die polnischen Medien zum Jahresende die unerwarteten Ergebnisse einer aktuellen soziologischen Umfrage über die Einstellung der Ukrainer gegenüber Polen und seinen Bürgern. Wie sich herausstellte, waren die Beziehungen im Jahr 2022 nahezu perfekt: 83 Prozent der Ukrainer hatten eine gute oder sehr gute Einstellung zu Polen. Doch 2023 hatten lediglich 63 Prozent der Ukrainer eine solche Einstellung, und in diesem Jahr sind es nur noch 41 Prozent. Derzeit betrachtet die Mehrheit der Befragten Polen neutral (53 Prozent).

Ein spürbarer Abschwung und das sogar in so kurzer Zeit. Und mit wem befindet sich die Ukraine eigentlich im Krieg? Nicht mit Polen, oder?

Polen ist seit Beginn der militärischen Sonderoperation der engste Verbündete der Ukraine. Es ist ein wichtiger logistischer Knotenpunkt für militärischen Nachschub. Dort befinden sich moderne Reparaturwerkstätten und Krankenhäuser. Polen gehört zu den Ländern mit der höchsten Konzentration von ukrainischen Flüchtlingen (mehr als 20 pro 1.000 Einwohner), was mindestens zweimal so hoch ist wie der EU-Durchschnitt (9,6 pro 1.000 Einwohner). Außerdem nahm gerade Polen zu Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine den ersten Flüchtlingsstrom auf. Damals erreichte die Zahl der Ukrainer, die einen vorübergehenden Asylstatus beantragten, 1,5 Millionen (heute sind es knapp eine Million).

Vor kurzem schätzte der polnische Präsident Andrzej Duda die Militärhilfe für die Ukraine seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation auf 3,23 Milliarden Euro. Im Vergleich zur gesamten Finanzunterstützung scheint das nicht viel zu sein. Aber nicht alles lässt sich im Krieg in Geld messen. Und diese 3,23 Milliarden Euro aus Polen beinhalten über 350 Panzer und 14 Kampffjets. Das ist unvergleichlich mehr als die ausrangierten gepanzerten Polizeifahrzeuge zur Auflösung von Unruhen, die viele andere Verbündete der Ukraine zur Verfügung stellen.

Dabei nehmen die Sympathien auf beiden Seiten ab. Bereits im Sommer 2023 stieg die Popularität der Partei "Konföderation" unter den polnischen Wählern an. Eines der Hauptcharakteristika der Partei ist ihre antiukrainische Haltung und ihr Protest gegen die aktive Beteiligung Polens am russisch-ukrainischen Konflikt. Und wie die Soziologie zeigt, beginnen immer mehr Polen, diesen Standpunkt zu teilen.

Bereits im Sommer 2023 stellten die Soziologen einen Rückgang der Zahl der Befürworter einer uneingeschränkten Hilfe für die Ukraine fest (von 62 Prozent auf 42 Prozent). Darüber hinaus sprachen sich nur 21 Prozent der Befragten für eine langfristige oder unbefristete Unterbringung

ukrainischer Flüchtlinge in Polen (einschließlich in ihren eigenen Haushalten) aus. Anfang 2023 sprachen sich noch 37 Prozent der Polen dafür aus. Aber schon damals waren 49 Prozent der Befragten gegen eine Verlängerung von Finanzhilfen für Flüchtlinge, obwohl anfangs nur 20 Prozent diesen Standpunkt teilten.

Nach einem Jahr wurde dieser Standpunkt von den Polen mehr als bestätigt. Der Anteil der Befürworter der Hilfe für die Ukraine fiel von 42 Prozent auf 31 Prozent. Auf 17 Prozent sank der Anteil derjenigen, die für die Aufnahme von Ukrainern in Polen plädieren. Fast alle Befragten (95 Prozent) sprachen sich für eine Kürzung der Flüchtlingsgelder aus.

Fairerweise muss man erwähnen, dass einige polnische Politiker die Frage der Finanzhilfe absichtlich verschärfen. Von den polnischen Staatsausgaben für die Ukraine in Höhe von 26 Milliarden US-Dollar gingen 5 Milliarden US-Dollar beziehungsweise 20 Milliarden Zloty direkt an Flüchtlinge: 15 Milliarden Zloty im Jahr 2022 und 5 Milliarden Zloty im Jahr 2023.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Situation mit den Flüchtlingen im Jahr 2023 bereits stabilisierte, werden sich die Ausgaben im laufenden Jahr wahrscheinlich auf dieselben 20 Milliarden Zloty belaufen (oder sogar weniger: Polen kürzte die Flüchtlingsauszahlungen in diesem Jahr erheblich). Allerdings decken die von den Ukrainern in Polen gezahlten Steuern diese Ausgaben selbst am unteren Rand der Schätzung mehr als ab (30,5 Milliarden Zloty für den Zeitraum 2022-2023 und geschätzte 45 bis 50 Milliarden Zloty für den Zeitraum 2022-2024). Mit anderen Worten: Der Streitpunkt liegt eindeutig nicht in der Geldfrage.

Abgesehen von der Finanzproblematik sind unter den Streitpunkten zwischen den beiden Ländern vor allem folgende zu erwähnen. Zunächst einmal sprechen sich die Polen zunehmend für eine Art Isolationismus aus, obwohl sie die der Ukraine bereits gewährte Unterstützung zu akzeptieren bereit sind. Womit sie jedoch definitiv nicht zufrieden sind, ist die (ihrer Meinung nach) unzureichende Dankbarkeit der Ukrainer, sowohl seitens der einfachen Flüchtlinge als auch seitens der ukrainischen Staatsführung.

Sowohl die einfachen Polen als auch die polnischen Politiker sind der Meinung, dass die Ukrainer alle Bemühungen Polens als etwas Selbstverständliches ansehen. Etwas, das keine Aufmerksamkeit und Dankbarkeit verdient. Und dann fordern sie immer mehr – wie Selenskiy es gern tut.

Aber Polen hoffte offensichtlich, zumindest einen der seit langem bestehenden zwischenstaatlichen Streitpunkte zu lösen: das Problem der Verherrlichung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)* und der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA)* in der Ukraine und das damit verbundene Problem des historischen Gedenkens an die Opfer des Wolhynien-Massakers. Seit vielen Jahren bemühen sich die Polen um die Erlaubnis der Ukraine für die Durchführung von Suchaktionen, die Exhumierung und die Beerdigung der Leichen. Zudem soll die Haltung gegenüber diesen tragischen Ereignissen vereinheitlicht werden.

"Ich hatte vor kurzem ein ehrliches Gespräch mit meinem Kollegen, einem ehemaligen ukrainischen Diplomaten, und er machte mich auf Folgendes aufmerksam: Die Ukraine versteht nicht, was das eigentliche Ziel Polens ist [...] Sie befürchtet, dass der Westteil der Ukraine mit einem Netz von Friedhöfen der Opfer der Ukrainischen Aufständischen Armee überzogen wird, wenn die Ukraine [der Forderung Warschaws nach Exhumierung der Opfer des Wolhynien-Massakers] nachgibt, sodass der Mythos über die UPA zerstört wird", fasst der ehemalige polnische Botschafter in der Ukraine, Bartosz Cichocki, die Situation zusammen.

Offenbar hängt auch ein anderer wichtiger soziologischer Indikator mit dieser Thematik zusammen. Auf die Frage: "Warum hilft Polen der Ukraine?", antworteten 20 Prozent der Ukrainer: "Weil es

einen Teil unseres Landes als seinen eigenen betrachtet." Im Jahr 2022 gaben nur 6 Prozent der Befragten eine derartige Antwort.

Das heißt, die Spannungen in der Ukraine zu dieser Thematik nehmen zu, was wiederum zu einem Anstieg der Spannungen in Polen führt.

Dies wirft ein weiteres komplexes Thema auf – die Perspektive einer Annäherung zwischen der Ukraine und Polen. Dies wird manchmal als Polens Bestreben dargestellt, die "Ostkresy" [ehemalige polnische Ostgebiete] – oder besser gesagt, ihren ukrainischen Teil – zurückzuerlangen. In der Tat sind die Begriffe "Ukropolska" und "Neue Union" unter den Polen weit verbreitet, was darauf schließen lässt, dass sich dieser hypothetische Plan möglicherweise nicht auf die Rückgabe Galiziens beschränkt. Und während solche Spekulationen früher als Horrorgeschichten russischer Propaganda bezeichnet wurden, gibt es jetzt – nachdem polnischen Bürgern in der Ukraine 2022 ein rechtlicher Sonderstatus gewährt wurde (beziehungsweise Ukrainern in Polen) – weniger Skeptiker. Aber es gibt auch Probleme mit den Befürwortern.

Die erbitterten Gegner von "Ukropolska" sind die Befürworter der "Konföderation", die immer mehr an politischem Gewicht gewinnen. Auch die polnischen Landwirte, deren Proteste gegen ukrainische Agrarprodukte auf dem polnischen Markt bereits Ende 2022 zum Ausdruck kamen, werden davon nicht begeistert sein. Seitdem handelt es sich um eine Schwellbrandgefahr, die immer wieder aufflammen kann. Wie bereits erwähnt, ist der Durchschnittspole davon überzeugt, dass Polen der Ukraine bereits zu viel gewährt hat. Ihm ist ein rechtlicher Sonderstatus in der Ukraine gleichgültig. Aber der ähnliche Status der ukrainischen Bürger in Polen und die Belastung des polnischen Gesundheits- und Sozialversicherungssystems machen ihm Sorgen.

Schließlich befürchten viele Polen, dass "Ukropolska" ihnen nicht die "Ostkresy" zurückbringt, sondern Polen in einen Konflikt mit Russland hineinziehen wird.

Genau diese Befürchtungen waren der Grund für die jüngste Erklärung des polnischen Premierministers Donald Tusk zur Entsendung eines friedenserhaltenden Kontingents in die Ukraine: "Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Spekulationen über die Anwesenheit von Truppen aus dem einen oder anderen Land in der Ukraine nach dem Erreichen eines Waffenstillstands, einer Waffenruhe oder eines Friedens zu beenden. Die Entscheidung über polnische Einsätze wird in Warschau getroffen. Bislang plant Polen keine derartigen Aktionen."

Höchstwahrscheinlich ist den Polen klar, dass sie im Falle eines offenen NATO-Militärangriffs gegen unser Land gleich nach den Ukrainern an der Reihe sein werden, sich im Kampf gegen Russland umzubringen. Sie sind sich auch darüber im Klaren, dass im Falle der hypothetischen Existenz zweier Friedensbasen (der polnischen und der französischen) auf ukrainischem Territorium die polnische zuerst getroffen wird, da Polen – anders als Frankreich – keine Atomwaffen besitzt. Aus diesem Grund ist Tusk im Gegensatz zu Macron nicht darauf erpicht, in irgendeiner Form Truppen in die Ukraine zu entsenden.

Mit anderen Worten: Während die Ukrainer Polens Ansprüche auf ihr Land fürchten, beginnen die Polen zu begreifen, dass sie die ganze Zeit an der Entstehung eines Abgrunds an ihren Grenzen mitgewirkt haben, in den sie nun selbst hineingezogen werden. Und genau das ist das wichtigste Ergebnis der polnisch-ukrainischen Beziehungen im Jahr 2024.

** Die Organisation wurde liquidiert oder ihre Tätigkeit ist in der Russischen Föderation verboten.*

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 25. Dezember 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

AfD: Das leidige Thema Wehrpflicht

<https://dert.tech/inland/230976-afd-das-leidige-thema-wehrpflicht/>

28.12.2024

Das Thema Wehrpflicht könnte für die AfD zum Spaltpilz beim Bundesparteitag in Riesa werden. Obwohl die Beschlusslage auf dem Papier klar ist, wird sie zunehmend in Frage gestellt. Das gefällt nicht jedem in der Partei – und wird voraussichtlich zu hitzigen Diskussionen auf dem Parteitag führen.

Von Astrid Sigena

Die AfD hat bekanntermaßen gerade einen Lauf: Die Umfragewerte stehen bei gut 19 Prozent (und könnten sich noch erhöhen), die Kanzlerkandidatin Dr. Alice Weidel erfreut sich zunehmender Beliebtheit beim Wähler. Da kommt eine Diskussion über die Wiedereinführung der Wehrpflicht (genau genommen: der Aufhebung ihrer Aussetzung) und die Positionierung der AfD dazu zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.

Prinzipiell ist die Sachlage klar (und wird auch oft genug als Kritikpunkt von links gegen die AfD eingesetzt): Die AfD ist für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Konkret heißt es im Grundsatzprogramm (Zitat nach der Kurzfassung): "Die AfD tritt dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen."

In der Langfassung heißt es als Begründung, man wolle damit eine Identifizierung der Bevölkerung mit "ihrer Bundeswehr" stärken und ein Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wecken. Durch das Abschöpfen des Rekrutenreservoirs aus allen Bevölkerungsschichten entstehe eine intelligentere Armee und ein breites Potenzial an Reservisten. Für Kriegsdienstverweigerer ist ein Ersatzdienst vorgesehen, für Frauen die Möglichkeit eines freiwilligen Dienstes in den Streitkräften. Generell solle die Bundeswehr gestärkt und zur Einsatzbereitschaft befähigt werden.

Nur: Dieses Grundsatzprogramm der AfD stammt von anno dunnemals. Genau genommen vom Frühling 2016. Wer hätte damals geahnt, dass die Bundeswehr vier Jahre später in der Corona-Zeit zur Nachverfolgung von Kontaktpersonen und zur Bewachung von Senioren- und Pflegeheimen eingesetzt werden könnte? Wer hätte damals vermutet, dass hohe Luftwaffenoffiziere im gepflegten Denglisch über die Bombardierung der russischen Kertsch-Brücke mit Taurus-Marschflugkörpern schwadronieren könnten? Wer hätte damals gedacht, dass ein Krieg mit Russland jemals wieder in Betracht gezogen werden könnte und Deutschland wieder "kriegstüchtig" gemacht werden müsse?

Damals war man noch aufgeregt wegen der Wiedervereinigung der Krim mit der Russischen Föderation und des Wechselspiels daraufhin verhängter Sanktionen und Handelsbeschränkungen als Replik. Oder wie es der damalige Agrarminister Christian Schmidt 2014 angesichts russischer Importstopps für Lebensmittel aus Deutschland so launig formulierte: "An apple a day keeps the Putin away!" Damals genügte es, dass die AfD in ihrem Programm die Aufhebung der Sanktionen und eine Verbesserung der Beziehungen mit Russland forderte. Mittlerweile setzt man jedoch gerade in der BRD eher auf Vorwärtsverteidigung und eine deutsche Garnison in Litauen.

Der AfD-Parteivorsitzende Tino Chrupalla wollte den veränderten Zeitläuften Rechnung tragen und angesichts von "Kriegstüchtigkeit" und "Zeitenwende" die Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht aus dem AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl heraushalten. Laut einem *Welt-*

Bericht von Ende November setzte er sich dafür ein, dass die Bundesprogrammkommission eine entsprechende Passage aus dem Entwurf zum Wahlprogramm streicht.

Der Antragssteller für die Streichung Dr. Marc Jongen hatte – so die *Welt* – damit argumentiert, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht während des Ukrainekrieges zum falschen Zeitpunkt komme, gerade in den ostdeutschen Landesverbänden stark umstritten und generell während des Wahlkampfes kein Gewinnerthema sei. Dr. Hans-Thomas Tillschneider vom Landesverband Sachsen-Anhalt schlug in dieselbe Kerbe: Angesichts der aggressiven Ukraine-Politik der Altparteien wäre die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht das falsche Signal.

Chrupalla soll als Vater mehrerer Kinder sogar regelrecht emotional geworden sein: Er wolle nicht, dass seine Söhne für ausländische und US-amerikanische Interessen verheizt würden. Letztendlich wurde (so die *Welt*) dann bei einer Abstimmung mit fünfzehn Ja- und acht Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen für die Entfernung der Wehrpflicht aus dem Entwurf des Wahlprogramms votiert.

Es war aber zu erwarten, dass sich die Befürworter einer zeitnahen Wiedereinführung der Wehrpflicht in der Partei damit nicht zufriedengeben würden. Sie kommen aus dem militärischen Bereich, waren Berufs- oder Zeitsoldaten bei der Bundeswehr oder dienen immer noch als Reservisten. In den Medien fallen Namen wie Jan Nolte, Gerald Otten, Rüdiger Lucassen oder auch Hannes Gnauck.

Auch sie wollen zwar keinen Einsatz der Bundeswehr im Ukrainekrieg, drängen aber auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht ohne Rücksicht auf "Zeitenwende" und Ukrainekrieg, weil sich das Modell einer Freiwilligenarmee nicht bewährt habe. Der Bundestagsabgeordnete Gnauck konstatierte sogar eine Misstrauenshaltung gegenüber der Bundeswehr: Eine Positionierung als Friedenspartei dürfe nicht in ein generelles Misstrauen gegenüber der Bundeswehr abdriften. Die Voraussetzung für Frieden sei eine starke Bundeswehr. Er verstehe die Sorge der Bürger, dass deutsche Soldaten in einen fremden Krieg geschickt würden. In einer AfD-geführten Bundesregierung würde sich die Bundeswehr aber selbstverständlich nicht am Ukrainekrieg beteiligen.

Ob Gnauck da nicht etwas zu blauäugig argumentiert angesichts der Einbindung der Bundeswehr in NATO-Strukturen, NATO-Bündnisverpflichtungen (und deren möglichen Missbrauchs) und einer anzweifelbaren Souveränität Deutschlands? Außenministerin Annalena Baerbock ist da schon weiter und fordert deutsche "Friedenstruppen" in der Ukraine. Und bis zu einer AfD-geführten Bundesrepublik Deutschland ist es noch lange hin.

Da die AfD auf Basisbeteiligung und innerparteiliche Demokratie sehr viel Wert legt, wurden schließlich auch die einfachen Parteimitglieder per Online-Umfrage befragt. Dies geschah noch im Dezember. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung liegen mittlerweile ebenfalls der *Welt* vor. Sie können nur als enttäuschend für Parteichef Chrupalla und die Wehrpflichtkritiker in der Partei gedeutet werden: Bei einer Beteiligung von 15,7 Prozent an der Umfrage stimmten 71,5 Prozent der teilnehmenden AfD-Mitglieder für eine Aufnahme der Wehrpflicht in das Wahlprogramm.

Offenbar haben die Wehrpflichtbefürworter ihre Unterstützer tüchtig mobilisiert. Das war schon bei den Aufstellungsparteitagen in den Landesverbänden zu verspüren, wo fast jeder Kandidat zu seiner Einstellung zur Wehrpflicht befragt wurde (sofern er nicht von selbst in seiner Kandidatenrede auf das Thema gekommen war). Allerdings ist das Ergebnis der Mitgliederbefragung nicht bindend, sie hat nur empfehlenden Charakter.

Nun liegt der Ball bei den Delegierten beim Bundesparteitag in Riesa. Dort soll am 11. und 12. Januar 2025 das Wahlprogramm für die Bundestagswahl im Februar endgültig beschlossen werden.

Verteidigungspolitiker Jan Nolte hat schon angekündigt, in Riesa einen Änderungsantrag zu stellen, der die Wehrpflicht wieder ins Wahlprogramm bringen soll. Sollte das so beschlossen werden, könnte das sicher ein Angriffspunkt im Wahlkampf gegen die AfD werden und dem militärkritischeren BSW gerade Wähler aus Ostdeutschland zutreiben. Auch die derzeit herrschende Einigkeit innerhalb der AfD würde damit auf eine schwere Probe gestellt.

* * *

Was haben zehn Jahre westliche Sanktionen mit Russland gemacht?

<https://dert.tech/russland/231056-was-haben-zehn-jahre-westliche-sanktionen-mit-russland-gemacht/>

29.12.2024

Im Jahr 2024 ist es zehn Jahre her, dass der Westen die ersten antirussischen Sanktionen verhängte – dies geschah nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland. Danach wurden in Erwartung des völligen Zusammenbruchs der russischen Wirtschaft und der strategischen Niederlage unseres Landes Zehntausende weitere Restriktionen verhängt. Doch das Endergebnis sieht ganz anders aus.

Von Dmitri Skworzow

Ursprünglich hatten die westlichen Sanktionen einen selektiven Charakter. Sie galten eher als politische Geste – dazu gehörten das Einfrieren von Vermögenswerten und die Verhängung von Visabeschränkungen für bestimmte Mitglieder der russischen Staatsführung und wichtige russische Unternehmen. Russland wurde von den G8 ausgeschlossen (wo seine Teilnahme ohnehin nur noch dekorativen Charakter hatte – die wichtigsten Themen wurden von den G7-Ländern ohne Russlands Beteiligung besprochen). Im Westen wurden die Kontakte und die Zusammenarbeit mit Russland in verschiedenen Bereichen eingeschränkt.

Doch dann begann der Druck auf die technologische Entwicklung Russlands. Investitionen in Infrastruktur, Verkehr, Telekommunikation und Energie sowie in die Öl-, Gas- und Mineralienförderung wurden eingeschränkt. Es wurde verboten, Russland mit Ausrüstung für die Ölförderung in der Arktis, im Tiefseeschelf und für die Schieferölförderung zu beliefern.

Hier ein anschauliches Beispiel für die damals verhängten Restriktionen. Als im Herbst 2015 die Stützen der Stromübertragungsleitungen gesprengt wurden, die die Krim mit Strom aus der Ukraine versorgen (zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung mit Russland war die Krim zu 80 Prozent von der Energieversorgung aus ukrainischem Gebiet abhängig), stellte sich die Frage nach dem Bau von Wärmekraftwerken auf der Halbinsel. Das deutsche Unternehmen Siemens weigerte sich jedoch, Turbinen für diese zu liefern. In der Folge wurden die für Wärmekraftwerke in anderen russischen Regionen bestimmten Turbinen auf die Krim geliefert.

Ein weiterer Versuch zur Einschränkung der Einnahmen Russlands war der Druck auf die Öl- und Gasexporte. Im Jahr 2014 wurde das South-Stream-Gaspipeline-Projekt nach westlichem Druck auf Bulgarien gestoppt. Russland war gezwungen, die im Bau befindliche Pipeline in Richtung Türkei umzuleiten. Während in Europa der Kampf gegen den Bau von South Stream mit der Wahrung der ukrainischen Interessen gerechtfertigt wurde, die durch die Einstellung des russischen Gastransits Einnahmeverluste erleiden könnte, wurde der Kampf gegen den Bau einer anderen russischen Gaspipeline – Nord Stream 2 – von der US-Regierung im Interesse der US-Gasproduzenten geführt. Dabei wurde auch das geopolitische Ziel verfolgt, Europa wirtschaftlich von Russland abzukoppeln und es als wirtschaftlichen Konkurrenten der USA zu schwächen.

Zu diesem Zweck verhängte US-Präsident Donald Trump im Jahr 2019 die ersten Sanktionen gegen den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 als Russlands wichtigste Gasleitung. Je weiter der Bau voranschritt, desto schärfer wurden die Sanktionen. Technisch gesehen wurde die Gaspipeline am 29. Dezember 2021 mit Gas gefüllt und konnte in Betrieb genommen werden. Das Zertifizierungsverfahren musste noch abgeschlossen werden, aber nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine wurde es eingefroren. Und am 22. September 2022 wurden einer der Stränge von Nord Stream 2 und beide Stränge von Nord Stream 1 gesperrt.

Doch im Vergleich zu dem, was nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine folgte, erwies sich all dies nur als Aufwärmübung. US-Präsident Joe Biden versprach, "Russlands Wirtschaft in Stücke zu reißen" – und der Westen glaubte wirklich, dass er damit Erfolg haben würde. Es wurde tatsächlich viel unternommen – vor allem, um die technologischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu kappen.

Fast alle russischen Banken wurden vom internationalen SWIFT- Zahlungsabwicklungssystem abgekoppelt. Die russischen Gold- und Devisenreserven (in Höhe von mehr als 300 Milliarden US-Dollar) wurden eingefroren. Gegen zahlreiche russische Politiker und Beamte sowie gegen führende russische Geschäftsleute wurden persönliche Sanktionen verhängt. Auch das russische Zahlungssystem Mir wurde mit Sanktionen belegt, und Operationen mit russischem Gold und Diamanten wurden verboten.

Der Westen verhängte sogenannte sektorale Sanktionen, die sich nicht nur gegen bestimmte Unternehmen, sondern gegen eine ganze Reihe von Wirtschaftssektoren (vor allem den russischen Energie- und Finanzsektor) richteten. Die Ausfuhr von Hightech-Produkten (Werkzeugmaschinen, Chips, eine Reihe von Baumaterialien) sowie von Luxusgütern und Autos nach Russland wurde vollständig untersagt.

Einige Tochtergesellschaften russischer Energiekonzerne wurden in Europa einer externen Verwaltung unterstellt. Bei einer Reihe russischer Unternehmen wurden die Vermögenswerte in Europa entweder faktisch beschlagnahmt oder sie wurden durch die Sanktionen gezwungen, sie fast zum Schleuderpreis zu verkaufen.

Die Ausfuhr von für die Luft- und Raumfahrtindustrie bestimmten Waren und Technologien nach Russland wurde untersagt. Außerdem wurde der Luftraum der EU und der USA für russische Flugzeuge vollständig gesperrt.

Um die russischen Ölexporteinnahmen zu begrenzen, wurde von den G7-Ländern, der EU, der Schweiz und Australien eine Obergrenze von 60 US-Dollar pro Barrel für den russischen Ölpreis beschlossen. Unternehmen aus diesen Ländern wurde es untersagt, Transport-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit russischem Öl zu erbringen, wenn es zu einem Preis oberhalb der Obergrenze verkauft wird.

All dies geschah unter dem unverhohlenen Slogan, die russische Wirtschaft zu schwächen, die russischen Bürger zu verarmen und unserem Land eine "strategische Niederlage" zuzufügen.

Insgesamt verabschiedete die EU 15 Sanktionspakete, von denen das letzte vor kurzem beschlossen wurde. Darüber hinaus wurden von Nicht-EU-Ländern des kollektiven Westens (einschließlich Japan und Südkorea im Fernen Osten) separate Sanktionen verhängt. Durch die Androhung von Sekundärsanktionen erreichten die USA, dass sich Drittländer diesen unter Missachtung der UNO verhängten Beschränkungen anschlossen. Die Gesamtzahl der gegen Russland verhängten Sanktionen beläuft sich auf 44.000, was mehr als die Summe der gegen den Iran, Kuba und die DVRK verhängten Sanktionen ausmacht.

Ja, all dies verlief nicht so problemlos für die russische Wirtschaft. Aber erstens konnte Russland sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens aufrechterhalten. Infolgedessen wurden diese zu den wichtigsten Abnehmern russischer Exportgüter und zu Lieferanten für Russland notwendiger Ressourcen und Technologien. Es erfolgte eine globale Umorientierung der russischen Wirtschaft nach Osten. Und zweitens bleiben die für Russlands Export-Import-Geschäft notwendiger See- und Landwege weiterhin frei.

Wie sich herausstellte, wurde durch den Abbruch der Beziehungen zu Russland in erster Linie der Westen selbst getroffen. Als Gegenmaßnahme zu den Handlungen unfreundlicher Länder schränkten die russischen Staatsstellen die Möglichkeiten ihrer Unternehmen ein, ihr russisches Business zu veräußern und Kapital abzuziehen. Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit diese Maßnahmen zur vollständigen Kompensation der Verluste Russlands beitragen, aber diejenigen Unternehmen, die ihre Geschäftsaktivitäten in unserem Land einstellen ließen, verzeichneten erhebliche Verluste. Der durch die Sanktionen verursachte Anstieg der Energiepreise traf auch die westeuropäische Wirtschaft. Im Herbst 2023 schätzte das russische Außenministerium die der EU durch die Sanktionen gegen Russland entstandenen Verluste auf 1,5 Billionen US-Dollar. Nicht umsonst werden im Westen regelmäßig Forderungen nach einer Aufhebung der Sanktionen gegen Russland laut.

Dagegen wurde die russische Wirtschaft nicht "in Stücke gerissen" – es geschah genau das Gegenteil.

Ende 2023 übertraf die russische Wirtschaft alle Prognosen und stellte gleich mehrere Rekorde auf. Dieses Phänomen wurde vom russischen Präsidenten Wladimir Putin kürzlich auf seiner Jahrespressekonferenz erläutert: "Viele [ausländische] Produzenten haben unseren Markt verlassen. Was hat das zur Folge? Unsere Unternehmer begannen, diese Waren selbst zu produzieren. Das wiederum führte dazu, dass wir zusätzliche Forschung betreiben und Institutionen, einschließlich Entwicklungsinstitute, einbeziehen mussten. Und all dies, worüber wir nun reden, bedeutet eine Stärkung der technologischen Souveränität."

Um technologische Souveränität zu erreichen, sind jedoch über einen längeren Zeitraum hinweg kontinuierliche Anstrengungen erforderlich. Bei einigen Produkten kann das Importersatz schnell erreicht werden, aber bei komplexen Produkten lässt sich die Lokalisierung der Produktionsanlagen entlang der gesamten technologischen Kette nicht so einfach sicherstellen.

Dennoch sind Erfolge auf diesem Weg offensichtlich, und dafür gibt es eine Vielzahl von Beispielen aus jüngerer Zeit. In den wichtigsten Bereichen war der Erfolg beim Importersatz zudem das Ergebnis der Implementierung von Staatsprogrammen, die die Anstrengungen vieler Entwickler und Hersteller auf das gewünschte Endergebnis konzentrierten.

So machten beispielsweise die Vorkommnisse im Jahr 2014 mit den Siemens-Turbinen für die Kraftwerke auf der Krim sowie der Abbruch der Kooperationsbeziehungen zur Ukraine (die Russland mit Gasturbinenmotoren für Schiffe und Hubschrauber belieferte) eine Importsubstitution dringend erforderlich. Bereits 2018 war mit der Produktion russischer Schiffsmotoren für einheimische Fregatten begonnen worden. Und die erste einheimische Hochleistungsgasturbine (GTD-110M) der Vereinigten Triebwerkskorporation wurde im September 2024 im dritten Kraftwerksblock des Wärmekraftwerks Udarnaja im Gebiet Krasnodar in Betrieb genommen.

2018 wurde die Aufgabe gestellt, ein einheimisches PD-8-Triebwerk für Flugzeuge vom Typ Suchoi Superjet 100 zu entwickeln (die zuvor mit russisch-französischen PowerJet SaM146-Triebwerken ausgestattet gewesen waren). Die Aufgabe wurde erfüllt, doch für den Einbau von PD-

8-Triebwerken in Serienflugzeuge müssen die Flugzeuge mit diesen Triebwerken neu zertifiziert werden. Es wird erwartet, dass die ersten Flüge der SJ-100 mit einem neuen einheimischen Triebwerk als Importersatz im Jahr 2025 stattfinden werden.

Es gibt auch viele Beispiele kleineren Ausmaßes, die aber nicht weniger wichtig sind. Doch das beste Ergebnis des Importersatzes lässt sich in der russischen Landwirtschaft beobachten.

Bereits 2010 war die Doktrin der Ernährungssicherheit verabschiedet und damit die Aufgabe gestellt worden, die kritische Abhängigkeit von Lebensmittelimporten (die in jenen Jahren 40 Prozent erreichte) zu beseitigen. Schon bald wurde der Lebensmittelmarkt mit einheimischen Produzenten besetzt, und diese begannen – nachdem sie die ersten Erfolge erzielt hatten –, auch die Exporte zu steigern. Innerhalb von zehn Jahren wurde Russland zum Weltmarktführer bei der Ausfuhr der wichtigsten Kulturpflanzen. Das Wachstum der Landwirtschaftsproduktion Russlands im Zeitraum 2014–2023 betrug 33,8 Prozent (und das Wachstum der Lebensmittelproduktion 47,2 Prozent). Gleichzeitig beliefen sich die russischen Agrarexporte im Jahr 2023 auf 43,5 Milliarden US-Dollar, wobei das Ziel für 2030 bei 55 Milliarden US-Dollar liegt.

"Heute versorgen wir uns nicht nur mit allen Grundnahrungsmitteln in der breitesten Palette, sondern wir haben auch einen der wettbewerbsfähigsten, flexibelsten und technologisch fortschrittlichsten Märkte der Welt. Die russischen Unternehmen sind in der Lage, fast alles zu produzieren und sich an alle Außenbedingungen anzupassen", kommentiert Oksana Lut, Landwirtschaftsministerin der Russischen Föderation, die Leistungen der ihr unterstellten Branche.

Die gegenwärtigen Ergebnisse des Kampfes Russlands gegen die westlichen Sanktionen wurden kürzlich von Putin so zusammengefasst: "Man hört oft auf politischer, militärischer und wirtschaftlicher Ebene, dass diese Länder den Auftrag hatten, Russland eine strategische Niederlage zuzufügen – auch auf wirtschaftlichem und technologischem Sektor –, unsere Industrie, unsere Finanzen und unsere Dienstleistungen radikal zu schwächen, eine nicht zu überwindende Warenknappheit auf unserem Markt zu schaffen, den Arbeitsmarkt zu destabilisieren und den Lebensstandard unserer Bürger zu senken. Es ist offensichtlich, dass diese Pläne gescheitert sind."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 27. Dezember 2024 zuerst bei der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Provokation in der Ostsee dient der Blockade russischer Öllieferungen

<https://dert.tech/europa/231227-provokation-in-ostsee-dient-blockade/>

30.12.2024

De facto enterte und kaperte Finnland einen Tanker mit russischen Ölprodukten. Der Westen behauptet, das Schiff gehöre zu Russlands sogenannter Schattenflotte und stehe im Verdacht, ein Stromkabel auf dem Ostseegrund beschädigt zu haben. Was soll damit erreicht werden?

Von Stanislaw Leschtschenko

Am 25. Dezember wurde das zwischen Finnland und Estland verlaufende Energiekabel EstLink 2 beschädigt. Unmittelbar danach holte das finnische Patrouillenschiff Turva das Tankschiff Eagle S ein, das sich in der Nähe des Ereignisortes befand, und enterte es. Die Besatzung des Schiffes, bestehend aus georgischen und indischen Staatsangehörigen, leistete keinen Widerstand.

Es fehlte die Ankerkette des Schiffes, was nach Ansicht der Finnen ein Beweis für die vorsätzliche

Zerstörung des Unterseestromkabels durch den Tankerkapitän ist. Der Tanker Eagle S wurde auf den geschlossenen Ankerplatz Svartbäck in der Nähe des Hafens von Kilpilahti in Porvoo (einer Gemeinde etwa fünfzig Kilometer östlich von Helsinki) gebracht.

Die Finnen behaupten, dass die Eagle S angeblich zu Russlands sogenannter Schattentankerflotte gehöre, die es dem Land ermögliche, Sanktionen in Form einer von den G7-Staaten gegen Russland verhängten Ölpreisobergrenze zu umgehen. Der Tanker Eagle S ist das einzige Tankschiff des Unternehmens Caravella aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und fährt unter der Flagge der Cookinseln. Bestätigt ist nur, dass der Tanker tatsächlich russische Ölprodukte transportierte. Allgemein wird bis zu einem Drittel des russischen Öls über baltische Häfen exportiert.

Und vor kurzem, am 16. und 17. Dezember, fand in Tallinn ein Gipfeltreffen der am Gemeinsamen Expeditionskorps der NATO, Joint Expeditionary Force (JEF), beteiligten Staaten statt. Dazu gehören Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Island, Lettland, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Polen, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Die Gipfelteilnehmer erörterten unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung der russischen "Schattenflotte". Laut Estlands Premierminister Kristen Michal stellt die "Schattenflotte" eine Bedrohung für die Sicherheit, die Wirtschaft und die Umwelt in Europa dar. "Wir unternehmen koordinierte Schritte, um die russische 'Schattenflotte' einzudämmen und Versuche zur Umgehung von Sanktionen zu verhindern", drohte Michal.

Der estnische EU-Abgeordnete Urmas Paet erläuterte die Gründe für die von den EU-Ländern angestrebte Bekämpfung der "Schattenflotte". Es gehe nicht nur um den Wunsch, Russlands Einnahmen aus dem Ölhandel zu verringern, sondern auch darum – wie sich gezeigt habe, die Ostsee vor einer ökologischen Katastrophe zu bewahren. Denn Russland kaufe für seine "Schattenflotte" alte Tanker, die jederzeit sinken könnten.

Im Ergebnis einigten sich die Gipfelteilnehmer auf koordinierte Maßnahmen gegen die mit russischem Rohöl beladenen Tanker. So wurde insbesondere vereinbart, die durch den Ärmelkanal und die Ostseestraße fahrenden Tanker streng auf ihre Versicherungsdokumente hin zu überprüfen.

Und nun kommt es zu einem "völlig zufälligen Zusammentreffen": Eine Woche nach diesem Gipfel wird ein finnisch-estnisches Unterseekabel beschädigt, wofür eines der zur "Schattenflotte" gerechneten Schiffe verantwortlich gemacht wird. Im Zusammenhang mit dem Vorfall erklärte der finnische Präsident Alexander Stubb, dass sein Land auf den Kabelschaden mit "drei Maßnahmen" reagieren werde.

Die erste Maßnahme betrifft die Kontrollverstärkung über die "Schattenflotte" — hier verwies Stubb auf die jüngste JEF-Vereinbarung. Die zweite Maßnahme beruht auf der Verbindung zur NATO. "Wir haben mit Estland vereinbart, dass wir eine Allianzpräsenz wünschen, vor allem in der Nähe kritischer Infrastrukturen, und auf dieses Gesuch wurde bereits reagiert", so Stubb.

"Drittens", fügte Stubb hinzu, "versuchen wir, Lösungen auf der Grundlage des internationalen Seerechts zu finden". Zur Erinnerung: Einer der wichtigsten Grundsätze des Seerechts ist die Freiheit der Schifffahrt in internationalen Gewässern.

Auch estnische Politiker machten bedrohliche Aussagen. So sagte die ehemalige estnische Premierministerin Kaja Kallas, die heute die Außenpolitik der gesamten Europäischen Union leitet, dass "der gewählte Zeitpunkt und die präzise Vorgehensweise bei der Beschädigung des EstLink 2-Kabels und der Telekommunikationskabel eher darauf hindeuten, dass es sich um eine koordinierte Aktion handelt".

Am Freitag, dem 27. Dezember, stach das estnische Patrouillenschiff Raju noch vor Sonnenaufgang in See, um das EstLink 1-Kabel zu "bewachen". Zumindest für die nächsten Monate werden estnische Marineangehörige die unterseeischen Kommunikationswege überwachen.

Der Vizekanzler für maritime Angelegenheiten im estnischen Klimaministerium, Kaupo Läänerand, äußerte sich über die Strategie zur Bekämpfung von mit russischem Rohöl beladenen Tankern. "Alle Prüfungen, (restriktiven – Anm. von *Wsgljad*) Prozeduren und Hafeneinfahrverbote werden die Logistik erschweren und die Kosten für den Betrieb der Schattenflotte erhöhen. Wir können jedoch nicht mit Sicherheit sagen, dass dies zu einer Verringerung der Zahl dieser Schiffe führen wird", warnte Läänerand.

Er beklagte die Wirkungslosigkeit der Sanktionen und selbst der Forderungen Washingtons: "Wir haben ein Beispiel, als ein Land ... sich auf Druck der USA weigerte, Schiffe der Schattenflotte unter seiner Flagge zu registrieren, doch ein anderer Staat hat sich sofort bereit erklärt, diese Schiffe unter seine Jurisdiktion zu nehmen. Dadurch fließen Steuern und Gebühren, und es findet sich immer ein Land, das sich zur Aufnahme solcher Schiffe unter seine Jurisdiktion bereit erklärt."

Es ist anzumerken, dass die das russische Rohöl transportierenden Tanker in der Regel keine Leistungen von westlichen Versicherungsgesellschaften in Anspruch nehmen. Stattdessen wenden sie sich an Versicherungsgesellschaften aus Russland und Zentralasien. Wenn der sogenannte Flaggenstaat (unter dessen Flagge das jeweilige Schiff fährt) diese Versicherer anerkennt, haben andere Länder kein Recht, die Fahrt dieser Schiffe zu verhindern. Nach Ansicht von Läänerand können jedoch auch gegen die Versicherer der "Schattenflotte" Sanktionen verhängt werden.

In den westlichen Medien wird die Idee diskutiert, strengere Anforderungen für Schiffe einzuführen, die in die Ostsee einfahren. Aber niemand hat bisher genau formuliert, wie das internationale Seerecht ohne die Zustimmung Russlands und Chinas geändert werden kann.

Was bleibt im Moment unter dem Strich? Anfang 2023 erklärte der damalige estnische Außenminister Urmas Reinsalu, dass sein Land im Finnischen Meerbusen eine "Anschlusszone" einführen wolle (ein an die Hoheitsgewässer angrenzender Teil des Seeraums, in dem ein Küstenstaat die Kontrolle ausüben will – die UN-Konvention lässt eine solche Möglichkeit zu).

Mit anderen Worten: Estland hatte vor, sich das Recht zu geben, die aus den Häfen des Leningrader Gebiets und Kronstadts ausfahrenden russischen Schiffe zu kontrollieren. Sollten sie sich der Inspektion verweigern, würde ihnen die Durchfahrt durch den Finnischen Meerbusen untersagt werden. Später, im Dezember 2023, kam die Meldung, dass das estnische Verteidigungsministerium einen Gesetzentwurf vorbereitet, nach dem Schiffe "in bestimmten Fällen" auch außerhalb der estnischen Hoheitsgewässer angehalten werden dürfen.

Offenbar sucht Tallinn nach einem geeigneten Anlass, um diese "Anschlusszone" einzuführen.

Ein solcher Anlass könnte der Vorfall um die Beschädigung des EstLink 2-Kabels sein, für den der Tanker Eagle S verantwortlich gemacht wird. Das weitere Vorgehen ist völlig klar: Jedes mit russischen Erdölprodukten beladene Schiff muss als Bedrohung für die Sicherheit oder die Ökologie der Ostseeanrainerstaaten eingestuft werden. Diese Schiffe werden – wie im Fall des Tankers Eagle S – geentert und in die Küstengewässer von Estland und Finnland gebracht.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte kündigte bereits an, dass die Allianz ihre militärische Präsenz in der Ostsee verstärken wird. Die NATO-Kriegsschiffe führen regelmäßig Übungen in der Ostsee durch. Das Abfangen von riesigen, langsam manövrierenden Tankern, die mit geringer

Geschwindigkeit unterwegs sind, wird keine Schwierigkeiten verursachen. Das ganze Kalkül beruht auf der Tatsache, dass Russland keinen formalen Grund haben wird, für die aufgehaltenen Schiffe zu intervenieren – schließlich haben sie laut den Dokumenten nichts mit Russland zu tun.

"Was sich jetzt im Baltikum abspielt, entspricht durchaus den Eskalationsbemühungen der westlichen "Kriegspartei",

erklärt der Politologe Maxim Rewa gegenüber der Zeitung *Wsgljad*.

Dem Experten zufolge ist es das Ziel dieser Partei, die Konfrontation mit Russland so weit zu verschärfen, um mögliche friedenserhaltende Initiativen des designierten US-Präsidenten Donald Trump zu vereiteln. Der Experte erinnert: "Ich glaube nicht an die uns aufgezwungene Version, dass das Unterseekabel durch den Tankeranker beschädigt worden sein könnte. Schon im Januar dieses Jahres kam es zum Ausfall von EstLink 2. Auch damals war von russischer Sabotage die Rede, doch dann stellte sich heraus, dass das Kabel einen technischen Defekt hatte. Es wurde sechs Monate lang repariert und sein Schutz wurde verstärkt. EstLink 2 liegt nicht ungeschützt auf dem Meeresgrund, sondern ist durch eine Betonummantelung gesichert."

Nach Ansicht Rewas gibt es Anzeichen für eine Provokation. Er resümiert: "Die baltischen Staaten und Finnland gehören zu denjenigen NATO- und EU-Staaten, die die unerbittlichste Haltung gegenüber Russland einnehmen. Es ist also möglich, dass sie durch den EstLink 2-Vorfall eine Provokation organisiert haben, um sich bezüglich des Umgangs mit Schiffen mit russischer Fracht die Fesseln abzustreifen."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 29. Dezember 2024 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Russische Armee beendet das Jahr mit einer Welle erfolgreicher Offensiven

<https://dert.tech/europa/231375-russische-armee-beendet-des-jahr-mit-einer-welle-erfolgreicher-operationen/>

31.12.2024

Im Laufe des Jahres 2024 führte die russische Armee eine ganze Reihe von Offensivoperationen in der Zone der militärischen Sonderoperation durch. Welche neuen Taktiken und Methoden der Truppenführung wurden vom russischen Generalstab erprobt, und wie wirkte sich dies auf die gesamte Frontkonfiguration aus?

Von Jewgeni Krutikow

Die russische Armee beendet den Feldzug 2024 in der Zone der militärischen Sonderoperation mit einer Welle erfolgreicher Offensivoperationen. Russlands Verteidigungsminister Andrei Beloussow hob auf der letzten Vorstandssitzung des Ministeriums Mitte Dezember die wichtigsten Punkte des vergangenen Jahres hervor: "Die Streitkräfte der Russischen Föderation verfügen fest über die strategische Initiative entlang der gesamten Frontlinie." Es ist wichtig zu betonen, dass er dasselbe im Juni dieses Jahres gesagt hatte, was bedeutet, dass wir es mit einem langfristigen Trend zu tun haben.

Der Feind führte in dieser Zeit eine einzige bedeutende Offensivoperation durch – den Einfall ins Gebiet Kursk. Das Kursker Abenteuer fand jedoch außerhalb der Kontaktlinie im Donbass und in

Neurussland statt und war ein großer terroristischer Akt mit Überfallcharakter – was letztlich, wie selbst westliche Experten zugeben, eine "große Katastrophe" für die ukrainischen Streitkräfte war. In der Zone der militärischen Sonderoperation hingegen war der Feind gezwungen, sich völlig in die Defensive zu begeben.

Der strategische Aktionsplan der russischen Streitkräfte für die Sonderoperation im Jahr 2024 sah eine Reihe von Offensivoperationen vor, bei denen wichtige Bevölkerungszentren und gegnerische Verteidigungsbereiche operativ angegriffen wurden (und eingekesselt oder eingekesselt zu werden drohen). Auf diese Weise durchtrennten die russischen Streitkräfte die Verteidigungslinie der ukrainischen Armee und drohten die Front als Ganzes zu durchbrechen und teilweise zum Einsturz zu bringen.

Dies wiederum führte zu einer Desorganisation der gegnerischen Aktionen und zwang sie zum Rückzug. Diese Taktik der russischen Streitkräfte führte auch zu schweren Verlusten an Personal und Ausrüstung der ukrainischen Armee, die keine Zeit hatte, mögliche Einkreisungszonen zu verlassen.

Die Reihe der operativen Erfolge der russischen Streitkräfte im Jahr 2024 lässt sich ab Januar aufzählen, nachdem die Verteidigung von Awdejewka mit Hilfe einer raffinierten Operation durchbrochen worden war, bei der die russischen Angreifer durch ein unterirdisches Rohr in den Rücken der ukrainischen Streitkräfte gelangt waren. Awdejewka war fast der am besten ausgerüstete Stützpunkt der ukrainischen Streitkräfte im Donbass gewesen, und nach seiner Befreiung verlagerte sich die gegnerische Verteidigung an der Front um Dutzende von Kilometern.

Der Vormarsch russischer Einheiten jenseits von Awdejewka in Richtung Otscheretino hat zu einem Zugang zu den Außenbezirken anderer wichtiger ukrainischer Stützpunkte im Donbass geführt – dem wichtigen Logistikzentrum Kurachowo und Krasnoarmeisk (Pokrowsk). Ende 2024 steht die Operation zur Einnahme Kurachowos kurz vor dem Abschluss (der Feind zieht bereits Truppen ab), während die ukrainischen Verteidigungsanlagen am Stadtrand von Krasnoarmeisk bröckeln. Diese beiden Siedlungen sind für die gesamte Verteidigung und Logistik der ukrainischen Streitkräfte im Donbass entscheidend.

Ein weiteres Ergebnis der Befreiung Awdejewkas ist, dass die Front des Feindes bis an die Grenze zum Gebiet Dnjepropetrowsk durchbrochen wurde, wo derzeit eine Frontaloffensive läuft. In einigen Gebieten beträgt die Entfernung zur Grenze mit der Region Dnjepropetrowsk weniger als zehn Kilometer.

Die Befreiung Ugledars, die im Herbst erfolgte, hatte ebenfalls eine große Wirkung. Sie erfolgte ebenfalls durch Deckung des gegnerischen Festungsbereichs, und zwar in kurzer Zeit und mit minimalen Verlusten. Dies trug nicht nur dazu bei, den Vormarsch auf Kurachowo zu beschleunigen, sondern schuf auch die Gefahr eines Kessels für die ukrainischen Truppen im Raum Welikaja Nowoselka und die Aussicht, die gesamte südliche Verteidigungslinie des Feindes zurückzuwerfen.

Auch bei den Kämpfen um Tschassow Jar wurde ein Durchbruch erzielt, da einige Teile der Stadt bereits unter russischer Kontrolle sind. Im Ballungsraum Dserschinsk (Torezk) klammern sich die ukrainischen Streitkräfte an Minen und Halden und haben faktisch bereits die gesamte städtische Bebauung verloren. Die baldige Befreiung Dserschinsk ist absehbar, was zu einer Bedrohung Konstantinowkas führen wird, der letzten bedeutenden feindlichen Stellung vor der Agglomeration Slawjansk-Kramatorsk.

Am Frontabschnitt am Ufer des Flusses Oskol überwand die russischen Streitkräfte den Fluss und

setzten sich an seinem westlichen Ufer fest. Die Kämpfe um Kupjansk sind entbrannt. Bisher galt dieser Abschnitt der Kampflinie als zweitrangig, doch nun ist der Feind gezwungen, auch dort wertvolle Reserven einzusetzen. Woltschansk und seine Umgebung bleiben das einzige Gebiet in der Zone der militärischen Sonderoperation, in dem der Vormarsch der russischen Streitkräfte im ausgehenden Jahr weniger auffällig war.

Die russischen Streitkräfte führten gleichzeitig an verschiedenen Stellen der Kontaktlinie offensive Operationen durch. Die militärische Führung des Kiewer Regimes hatte keine Zeit, die Richtung des nächsten Angriffs richtig zu bestimmen, sodass sie gezwungen war, strategische Reserven – neu gebildete feindliche Brigaden, darunter auch solche, die vom kollektiven Westen ausgebildet und ausgerüstet worden waren – im Feuergefecht einzusetzen, um Durchbrüche zu verhindern.

All dies wird als "strategische Initiative" bezeichnet – wenn die Offensivaktionen der russischen Truppen die ukrainischen Streitkräfte daran hindern, ihre eigene Kampff Faust für eine weitere "Gegenoffensive" im Donbass und in Neurussland zu bilden.

Man kann sagen, dass die russischen Truppen über eine wichtige operative Kontrollmethode verfügen, die sich unter den derzeitigen Bedingungen als besonders wirksam erwiesen hat.

Der Verlust jedes befestigten Bereiches des Feindes führte zu einer Änderung der gesamten Konfiguration der Kontaktlinie in der Zone der Sonderoperation. Über diesen Effekt sprach Andrei Beloussow auf der letzten Vorstandssitzung: "In diesem Jahr haben die russischen Truppen fast 4.500 Quadratkilometer des vom Feind besetzten Gebiets befreit. Die Neonazis kontrollieren weniger als ein Prozent des Territoriums der Volksrepublik Lugansk und immer noch 25 bis 30 Prozent des Territoriums der Volksrepublik Donezk, der Regionen Saporoschje und Cherson."

Die feindlichen Truppen wurden im Laufe der Kampfhandlungen erfolgreich aufgerieben. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Kampagne im Jahr 2024 war daher die massive Bekämpfung von Soldaten, Ausrüstung und Waffen der ukrainischen Streitkräfte.

Der russische Verteidigungsminister sagte dazu: "Das Kampfpotenzial des Feindes ist geschwächt worden. Allein in diesem Jahr überstiegen die Verluste der ukrainischen Streitkräfte 560.000 getötete und verwundete Soldaten. Und die Gesamtverluste beliefen sich auf eine Million Menschen für die gesamte Zeit der militärischen Sonderoperation. Allein beim Kursker Abenteuer verlor das Kiewer Regime mehr als 40.000 Militärangehörige. In diesem Jahr wurden in der Sondereinsatzzone über 58.000 Stück verschiedener feindlicher Waffen und Ausrüstungen vernichtet, darunter 18.000 aus ausländischer Produktion."

Gleichzeitig hat die Führung der russischen Streitkräfte den Befehlshabern der Einheiten und Verbände offensichtlich die Aufgabe gestellt, Ausrüstung und vor allem Personal so weit wie möglich zu schonen. Gerade deshalb geht die Offensive der russischen Streitkräfte zwar stetig, aber nicht schnell und nicht überstürzt voran. Behutsamkeit und Kalkül sind darauf ausgerichtet, die Offensivoperationen mit möglichst geringen Verlusten durchzuführen.

Unter anderem aus diesem Grund sind erhebliche Veränderungen in der taktischen Kriegsführung eingetreten. Der Einsatz von Panzereinheiten ist deutlich zurückgegangen, und die Bedeutung autonomer Systeme, nicht nur in der Luft, sondern auch auf See und am Boden, hat stetig zugenommen. Der Verteidigungsminister hat Pläne zur Schaffung einer neuen Truppengattung angekündigt, der Truppe für unbemannte Systeme.

Im Jahr 2024 haben sich sowohl die Formen als auch die Methoden der Kriegsführung stetig verändert. Dies wird in naher Zukunft Anpassungen der militärischen Handbücher, der

Kampfhandbücher und vieler anderer Dokumente erfordern, die die Regeln und Verfahren der Kampfhandlungen regeln.

Es ist jedoch immer noch schwierig, genau zu bestimmen, wie der Krieg der nahen Zukunft aussehen wird. Wir haben in diesem Jahr zu viele widersprüchliche Trends gesehen.

Einerseits hat das Manövrieren allmählich Vorrang vor der Feuerkraft, wie die wachsende Beliebtheit des Einsatzes von Motorrädern für Angriffsoperationen zeigt. Andererseits nimmt auch die von Russland in der Zone der militärischen Sonderoperation eingesetzte Feuerkraft zu. Das auffälligste Beispiel ist der Kampfeinsatz der ballistischen Mittelstreckenrakete Oreschnik. Die Zerstörungskraft ihrer kinetischen (nicht mit Sprengstoff bestückten) Sprengköpfe soll aufgrund ihrer Hyperschallgeschwindigkeit mit der einer Atomwaffe vergleichbar sein.

Die Erfolge der russischen Streitkräfte im Jahr 2024 haben den Grundstein für die endgültige Befreiung der neuen russischen Regionen von der ukrainischen Besatzung gelegt. Die weiteren Anstrengungen der russischen Truppen werden darauf gerichtet sein, den Feind in den derzeitigen Offensivrichtungen zu besiegen: Krasnoarmeisk, Tschassow Jar, Dserschinsk, Welikaja Nowoselka, dem Ufergebiet des Flusses Oskol mit Zugang zu Konstantinowka und der Agglomeration Slawjansk-Kramatorsk.

In südlicher Richtung zeichnet sich der Zusammenbruch der feindlichen Verteidigungsanlagen von Guljaipole bis Saporoschje ab. An den Ufern des Dnjepr gibt es Anzeichen für eine Schwächung des Feindes. Die Befreiung des besetzten Teils der Region Kursk wird offensichtlich zu einer Neuordnung der Kontaktlinie bei Charkow und in der Region Sumy führen.

Alle diese militärischen Veränderungen sollten die unveränderliche Aufgabe erfüllen, die Ukraine in ihrer derzeitigen Form und ihrem derzeitigen Zustand zu entmilitarisieren.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 31. Dezember 2024 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

Jewgeni Krutikow ist ein Militäranalyst bei der Zeitung Wsgljad.

* * *

Russland darf in der Ukraine den Fehler des ersten Tschetschenien-Feldzugs nicht wiederholen

<https://dert.tech/russland/231269-russland-darf-in-ukraine-fehler-nicht-wiederholen/>

01.01.2025

Es ist zu hoffen, dass die Kriegsverbrecher und diejenigen, die den Spitzen des Kiewer Regimes verbrecherische Befehle erteilen, einschließlich der ranghöchsten Persönlichkeiten, das gleiche Schicksal erleiden werden wie Dschochar Dudajew, Aslan Maschadow, Schamil Bassajew und Salman Radujew.

Von Stanislaw Smagin

Das auslaufende Jahr 2024 war für die russischen Streitkräfte in der Zone der militärischen Sonderoperation recht erfolgreich. Im Donbass wurden nach Marjinka, Awdejewka, Krasnogorowka (hier nahm auch der Verfasser dieser Zeilen teil), Ugledar, Newelskoje und eine Reihe weiterer Städte und Dörfer befreit. Der Kampf um Tschassow Jar geht weiter, die Kontrolle über Kurachowo wird ausgebaut. Und ein Erfolg in der Schlacht um Kurachowo ist nicht nur ein

Weg, um die Grenze zwischen der Donezker Volksrepublik und dem Gebiet Dnjepropetrowsk zu erreichen, der wir an einigen Stellen bereits sehr nahe sind, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Vertreibung der ukrainischen Truppen aus Saporoschje. Im kommenden Jahr können wir mit einer positiven Entwicklung bis hin zur vollständigen Befreiung des Donbass rechnen.

Die russische Armee ist auch an anderen Frontabschnitten aktiv. Im Mai begann eine neue Offensive an der Charkow-Front, und derzeit gehen die Kämpfe um Woltschansk und Kupjansk weiter – eine Stadt, in der die Rückkehr unserer Flagge nicht nur aus rein militärischer Sicht, sondern angesichts der Ereignisse vom September 2022 auch aus symbolischer Sicht sehr wichtig ist. Die russischen Streitkräfte führen Operationen in den Gebieten Sumy und Tschernigow durch. Und natürlich besteht die wichtigste Aufgabe darin, den Feind im Gebiet Kursk zu besiegen.

Ein wichtiger Grund für den Erfolg waren die Aufarbeitung von Mängeln und Fehlern in der Planung und Verwaltung sowie die Impulse, die durch die Ernennung des neuen Verteidigungsministers Andrei Beloussow und andere personelle Veränderungen im militärischen Apparat ausgelöst wurden. Ein weiterer Grund ist zweifellos die Tapferkeit und der Mut der russischen Soldaten, die über die Jahrhunderte unverändert geblieben sind.

Leider sind auch die schwersten Verbrechen des Kiewer Regimes gegen unsere Soldaten und Zivilisten konstant. Erinnern wir uns nur an einige aus der langen Liste allein für dieses Jahr:

- der Angriff auf einen Markt im Donezker Stadtteil Tekstilschtschik im Januar (28 Tote, 30 Verletzte),
- der Beschuss von Belgorod im Februar (sieben Tote, darunter ein Säugling, und 20 Verletzte),
- die Zerstörung eines Eingangs zu einem Wohnhaus in derselben Stadt durch eine Rakete im Mai (17 Tote, 30 Verletzte),
- der ATACMS-Raketenangriff auf den Strand von Utschkujewka in Sewastopol im Juni (vier Tote, darunter zwei Kinder, und 150 Verletzte),
- unzählige Massaker an der Zivilbevölkerung im Donbass und im Gebiet Kursk, wo die Leichen von Männern, Frauen und Kindern nach der Befreiung von Siedlungen erschossen und verbrannt aufgefunden wurden,
- zahllose gezielte Angriffe ukrainischer Drohnen auf Zivilisten in front- und grenznahen Regionen (zum Beispiel ein Angriff auf einen Bus im Gebiet Belgorod am 6. Mai – sieben Tote, mehr als fünfzig Verletzte),
- die Beteiligung ukrainischer Geheimdienste an der Organisation des Terroranschlags auf die Konzerthalle Crocus City Hall.

Diese und andere Merkmale des Kiewer Regimes hatte Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, im Sinn, als er sagte: "Russland muss den Feind ohne die geringste Chance auf eine Revanche zerschmettern."

Die Erfahrung des Ersten Tschetschenienkriegs, dessen Ausbruch sich im Dezember dieses Jahres zum 30. Mal jährt, beweist, dass es notwendig ist, den Feind zu besiegen, ohne ihm die Möglichkeit zur Revanche zu geben. Wie wir uns erinnern, verwandelte sich Tschetschenien in den Jahren 1991 bis 1994 mit Duldung und zum Teil sogar mit versteckter Unterstützung der damaligen russischen Behörden in eine praktisch unabhängige "Tschetschenische Republik Itschkeria", der auch die reichsten Waffenarsenale der Sowjetunion überlassen wurden. Von ihren Grenzen aus verbreiteten sich Instabilität, Banditentum und Terrorismus im gesamten Nordkaukasus und oft sogar darüber hinaus. Eine schwarze Seite der modernen russischen Geschichte war der Völkermord an Russen und anderen ethnisch nicht zugehörigen Einwohnern Tschetscheniens, der mit Unterstützung des Regimes von General Dschochar Dudajew begangen wurde.

Ende 1994 zeigte Russlands Präsident Boris Jelzin bereits gewisse Anzeichen von Realismus und Pragmatismus sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik (und sein Instinkt für politisches Überleben war nie zu verleugnen) – beispielsweise hielt er während des Budapester Treffens der an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teilnehmenden Staatschefs eine sehr harte Rede über die Pläne der NATO zur Osterweiterung.

Zu diesem Zeitpunkt begann die längst überfällige Operation zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Tschetschenien. Sie wurde von vielen nicht verstanden oder akzeptiert, aber von Patrioten unterstützt, die ansonsten scharf und zu Recht gegen Jelzin eingestellt waren. Die Zeitung *Limonka* titelte auf ihrer Frontseite "Bravo, Herr Präsident". Der Publizist Alexander Kasinzew veröffentlichte in der Zeitschrift *Nasch Sowremennik* einen ausführlichen Artikel mit dem Titel "Tschetschenien. Die erste nicht aufgegebene Grenze". Der Mathematiker Igor Schafarewitsch schrieb: "Aus Gründen der Selbsterhaltung waren die Behörden gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die den Zerfall Russlands objektiv verhindern."

Auf die rein militärische Geschichte dieses Feldzuges, die bereits hinreichend erforscht und in der Erinnerung lebendig ist, werden wir nicht näher eingehen. Der tragische Sturm auf Grosny in der Silvesternacht, das Chaos, die Desorganisation und die kriminellen Fehleinschätzungen des Oberkommandos waren der Sonderfall einer landesweiten und armeeweiten unruhigen Zeit – all das kann der damaligen Führung angelastet werden und wurde beispielsweise bei den parlamentarischen Vorbereitungen zur Amtsenthebung Jelzins 1999 angelastet.

Aber der Mut und das Heldentum von Soldaten und Offizieren, das Talent und der gesunde Menschenverstand einiger Generäle (wie zum Beispiel Lew Rochlin) ermöglichten es der aktiven Armee, voranzukommen, den Feind zu schlagen, Grosny und andere bewohnte Gebiete einzunehmen und dem Feind Zentimeter für Zentimeter Land abzutrotzen. Der Erste Tschetschenienkrieg brachte eine ganze Reihe von Heldentaten hervor, sowohl rein militärische als auch Märtyrerleistungen, wie die des Gefreiten Jewgeni Rodionow, der sich in der Gefangenschaft weigerte, sein Kreuz abzulegen und dafür hingerichtet wurde.

Die westlichen Staats- und Regierungschefs verurteilten Jelzin nicht, obwohl sich bereits gewisse Reibereien abzeichneten, denn Russland wich im Allgemeinen nicht von der Linie der "freien Welt" und der Partnerschaft mit dem Westen ab. Bill Clinton verglich seinen "Freund Boris" sogar mit Abraham Lincoln, der ebenfalls gegen Separatisten kämpfte, und nahm am 9. Mai 1995 zusammen mit den Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Chinas an den Moskauer Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Sieges im Zweiten Weltkrieg teil.

Die Itschkerianer wurden allerdings von den Osteuropäern, den baltischen Staaten und einigen islamischen Ländern aktiv mit Rat und Tat unterstützt. Noch schlimmer traf die Armee jedoch die eigene inländische "Partei des Verrats" – dies waren Organisatoren ständiger dunkler Abmachungen, liberale und viele andere Medien, deren Position von bloßer Kritik am russischen Militär und vorgetäuschter Sympathie für "unsere armen Soldaten" bis zu offener Bewunderung für die "mutigen tschetschenischen Freiheitskämpfer" reichte. Zur gleichen Zeit organisierten diese "Freiheitskämpfer" monströse Terroranschläge wie die Geiselnahme von Budjonnowsk.

Im Sommer 1996 hatte die russische Armee trotz der enormen Probleme, Verluste und Rückschläge die meisten ihrer Aufgaben erfüllt. Im August starteten die militanten Gruppen plötzlich eine Gegenoffensive und stürmten Grosny. Trotz des Ernstes der Lage war sie umkehrbar – das Militär hatte den Willen und die Mittel, die Stadt zurückzuerobern und dem Feind den Garaus zu machen.

Moskauer Oligarchen wie Boris Beresowski und ihnen nahestehende Politiker wie General

Alexander Lebed, der wegen seiner Wahlunterstützung kürzlich zum Vorsitzenden des Sicherheitsrates ernannt wurde, waren anderer Meinung. Lebed sagte auf einer seiner Pressekonferenzen: "Natürlich wird Russland Tschetschenien zerschlagen, wenn es das will. Aber ist das notwendig? Ist es das wert, so viele Menschen zu töten, um einen Pyrrhussieg zu erringen?" Am 31. August unterzeichnete er mit General Aslan Maschadow die berüchtigten Abkommen von Chassawjurt, die die russische Niederlage und die Unabhängigkeit Tschetscheniens besiegelten. General Gennadi Troschew schrieb diesbezüglich: "Noch nie zuvor waren Generäle in Russland so machtlos und hilflos im Krieg, weil sie von Zivilisten unter Druck gesetzt wurden, die in militärischen Fragen völlige Amateure sind. Die Profanierung des Tschetschenien-Feldzugs hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Militanten konnten auch diesmal nicht beseitigt werden."

Im folgenden Frühjahr unterzeichneten Jelzin und Maschadow den "Vertrag über den Frieden und die Grundsätze der Beziehungen zwischen Russland und Itschkeria", in dem sich die Parteien verpflichteten, "ihre Beziehungen in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen und Normen des Völkerrechts aufzubauen". In der Zwischenzeit war die Republik weiterhin eine Quelle der Instabilität, des Terrorismus und von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld. Auch Ausländer wurden entführt und getötet: Im Dezember 1996 wurden fünf Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes sowie ein niederländischer Bauunternehmer brutal ermordet, im Dezember 1998 wurden vier Ingenieure des britischen Unternehmens Granger Telecom entführt und getötet.

Die anhaltenden Wirren beeinträchtigten die Interessen Russlands. Die Erdölpipeline Baku-Noworossijsk verlief durch tschetschenisches Gebiet, um dessen Sicherheit Moskau von Grosny ständig erpresst wurde. Dies zwang die russischen Behörden, ständig über den Bau einer Umgehungsroute nachzudenken, zum Beispiel durch Dagestan, während Aserbaidshans zunehmend zu einer Pipeline nach Ceyhan in der Türkei tendierte.

Im Sommer 1999 war Itschkeria zu einer intoleranten Brutstätte des Wahhabismus und des Banditentums geworden, in der selbst formal "gemäßigte" Figuren wie Maschadow eine zunehmend untergeordnete Rolle spielten. Außerdem hatte sich hier eine regelrechte islamistisch-söldnerische Internationale gebildet, und wenn 1994 bis 1996 Ausländer in relativ geringer Zahl für Dudajew und Konsorten kämpften, so war ihre Zahl jetzt fast so groß wie die der einheimischen Banditen. Der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war der Angriff auf Dagestan im August, nach dessen Abwehr beschlossen wurde, dem Feind in seinem Unterschlupf den Garaus zu machen. Die terroristischen Anschläge in Moskau und Wolgodonsk bestätigten die Richtigkeit dieser Entscheidung.

Diesmal verurteilten der Westen und die von ihm kontrollierten internationalen Strukturen das Vorgehen Russlands sehr viel deutlicher. Kritik sowie die Androhung von Sanktionen und der Abschaffung von internationalen Rechten wurden aus dem Füllhorn geschüttet. Gleichzeitig versuchten sie, verschiedene Friedenspläne, eine internationale Überwachung des Konflikts und die Beteiligung von Friedenstruppen an dem Konflikt durchzusetzen. Auf dem OSZE-Gipfel wurden weitere antirussische Aktionen durch die Unterzeichnung eines Pakets von Vereinbarungen über den Bau der Ölpipeline Baku-Ceyhan, eine Erklärung ("mit dem Beistand" der Vereinigten Staaten, also unter US-amerikanischer Vormundschaft) über die Einbeziehung von zusätzlichem Erdöl aus Kasachstan und Turkmenistan in das Projekt und schließlich eine zwischenstaatliche Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Turkmenistan, Kasachstan, Aserbaidshans, Georgien und der Türkei über die transkaspische Gaspipeline ergänzt, die eine eindeutig antirussische Konnotation hatte.

Die geowirtschaftlichen und materiellen Verluste waren nicht das Einzige. Der ungleiche Kampf der Pskower Fallschirmjäger in der Schlacht um Höhe 776, die Terroranschläge wie die Geiselnahme

im Moskauer Dubrowka-Theater und in Beslan sowie vieles mehr erwartete Russland... Der zweite Tschetschenienkrieg als Fortsetzung des ersten, der nicht auf den Schlachtfeldern verloren wurde, war eine harte Lektion für die Zukunft.

Heute schließt sich der Kreis. Im ersten Tschetschenienkrieg kämpften Angehörige der ukrainischen UNA-UNSO (die in Russland verboten ist) für Itschkeria, nun kämpfen ganze Einheiten revanchistischer Kämpfer mit itschkerischen Symbolen und Porträts itschkerischer Führer auf ihren Chevrons für das Kiewer Regime, und Grosny wurde bereits mehrmals von ukrainischen Drohnen angegriffen. Es ist zu hoffen, dass die Kriegsverbrecher und die Spitzen des Kiewer Regimes, einschließlich der Ranghöchsten, die kriminelle Befehle erteilen, das gleiche Schicksal erleiden wie Dschochar Dudajew, Aslan Maschadow, Schamil Bassajew und Salman Radujew und dass das Kiewer Regime als Ganzes ein ähnliches Schicksal erleidet wie sein nordkaukasisches Vorbild.

Übersetzt aus dem Russischen. Das Original ist am 29. Dezember 2024 in der Zeitung Wsgljad erschienen.

Stanislaw Smagin ist ein russischer Offizier und Korrespondent der Zeitung Wojenny Westnik Juga Rossii.

* * *

Angespannte Ruhe in Syrien

<https://dert.tech/der-nahe-osten/231472-angespannte-ruhe-in-syrien/>

02.01.2024

Nach den turbulenten Ereignissen der letzten Wochen scheint sich die Lage in und um Syrien zu beruhigen. Alle politischen Kräfte sind vollauf damit beschäftigt, die Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme unter den veränderten Bedingungen auszuloten.

Von Rüdiger Rauls

Die größten Vorteile aus den Entwicklungen der vergangenen Tage scheinen zuvorderst die Türkei und mit ihr die Kämpfer der Nationalen Syrischen Armee (SNA) errungen zu haben. Zu diesen Erfolgen gehören auch Gebietsgewinne auf Kosten der Kurden. Auch Israel hat die Gunst der Stunde zu nutzen gewusst, indem es die Ausrüstung der syrischen Armee weitgehend vernichtet hat und weiteres Land auf den Golan-Höhen in Besitz nehmen konnte. Sie sind bisher die eindeutigen Gewinner der Entwicklungen.

Zwar ist den Rebellen aus der Region Idlib durch den Sturz Assads die Macht in Syrien wie ein reifer Apfel in den Schoß gefallen, aber das hat noch wenig zu bedeuten und darf schon gar nicht als Zeichen eigener Stärke missverstanden werden. Vielmehr zeigt es nur, wie weit die Macht Assads bereits ausgehöhlt war. Die HTS (Hayat Tahrir al-Scham) muss sich erst einmal in dieser Position festigen. Fürs Erste wissen sie noch nicht, auf welche Kräfte im Land sie sich verlassen können.

Die schnelle Eroberung von Damaskus und der unerwartete Sturz von Assad haben viele Kräfte in der syrischen Gesellschaft überrascht. Wer weiß, ob sich die verbliebenen Teile der Armee den neuen Herrschern unterordnen werden? Fraglich ist auch, ob der neue Machthaber in Damaskus, Ahmad al-Sharaa mit Kampfnamen Al-Dschaulani, seine Ankündigung wird durchsetzen können, nicht zuzulassen, "dass es im Land Waffen außerhalb staatlicher Kontrolle gibt".

Nach seinen Plänen sollen alle Kampfverbände ihre Waffen niederlegen und sich in die syrische

Armee eingliedern lassen. Zum Verteidigungsminister wurde jedoch kein bisheriges Mitglied der syrischen Armee ernannt, sondern mit Murhaf Abu Qasra der Organisator der HTS-Offensive. Das könnte für neuen Konfliktstoff sorgen, nicht nur unter den bewaffneten Kräften selbst, sondern auch im Verhältnis zu den Nachbarn. Denn damit würde das verbliebene Militärmaterial gerade jenen Kräften unterstellt, denen die israelische Armee durch ihre Bombardements den Zugriff darauf hatte entziehen wollen.

Wenn auch die HTS über die politische Macht in Damaskus verfügt, so bedeutet das nicht, dass sie sich in einer gefestigten Position befindet. Die Haltung der Bevölkerung ist noch vollkommen unklar, und im Moment scheinen sich die Kämpfer aus Idlib auf nichts weiter verlassen zu können als auf die eigenen Kräfte. Insofern steht sie sogar weniger stabil da als Assad vor seinem Sturz. Der konnte immerhin davon ausgehen, dass die Armee auf seiner Seite steht, auch wenn diese ihn im Stich gelassen hatte, als es drauf ankam. Ob die Armee aber auf der Seite der HTS steht, ist im Gegensatz dazu von vornherein eher unklar, vielleicht sogar zweifelhaft. Zudem wusste Assad die Russen und Iran hinter sich.

Schwache Sieger

Während sich die Russen neutral und abwartend verhalten, stehen die Iraner den neuen Machthabern ablehnend gegenüber. Von diesen beiden dürfte für die Kämpfer aus Idlib vorerst keine Unterstützung zu erwarten sein. Die Türken werden vermutlich jeden Schritt der Regierenden in Damaskus unterstützen, der ihren Interessen dient. Das sind die Rückführung der Flüchtlinge nach Syrien und die Zerschlagung der kurdischen Kampfeinheiten. Der Einfluss der Türkei ist stark, und ohne deren Wohlwollen wird Ahmad al-Sharaa wenig von seinen Plänen in Syrien umsetzen können.

Das bedeutet aber für die HTS, dass sie von der Türkei nur dann mit Unterstützung rechnen kann, wenn sie gegen die kurdischen Kräfte vorgeht. Das wäre die logische Folge, wenn al-Sharaa seinem Anspruch gerecht werden will, alle bewaffneten Kräfte außer der regulären Armee zu entwaffnen und illegale Waffen in Syrien einzusammeln. Die kurdischen Kräfte und noch weniger die von der Türkei unterstützte SNA dürften dem Vorhaben der HTS bereitwillig und widerspruchslos Folge leisten.

An dieser Aufgabe hatte sich schon Assad die Zähne ausgebissen, dem immerhin die russische Luftwaffe Rückendeckung gegeben hatte. Ob die Türken oder die Amerikaner oder gar die Israelis diese Rolle zugunsten der HTS übernehmen werden, ist vollkommen offen. Sie selbst jedenfalls verfügt über keine Luftwaffe, die die Kontrolle über den syrischen Luftraum ausüben könnte. Sie wird also in einem militärisch ausgetragenen Konflikt – mit wem auch immer – Spielball wechselnder Interessen bleiben, wenn sie sich nicht auf genügend starke Kräfte am Boden verlassen kann.

Ob die Stärke der HTS-Kämpfer solchen Herausforderungen gewachsen ist, kann im Moment nicht eingeschätzt werden. Aber es ist ein Unterschied, ob man in einer Blitzaktion ein schwaches, territorial begrenztes Regime mit wenig Unterstützung in der Bevölkerung überrumpeln kann oder ob man die nationale Souveränität über ein wesentlich größeres Staatsgebiet wieder errichten will. Noch weniger können Aussagen darüber gemacht werden, auf welche der nicht-syrischen Kräfte Israel, Russland, Iran, Türkei und USA sich die HTS stützen kann, wenn es hart auf hart kommt.

Iran hat fürs Erste seinen Einfluss weitgehend eingebüßt und sich mehr oder weniger aus innersyrischen Konflikten zurückgezogen. Das bedeutet aber nicht, dass es so bleibt, wenn "sich in Syrien wieder eine starke (Widerstands-)Gruppe bilden wird". Das letzte Wort in dieser Angelegenheit scheint nach Ansicht des obersten iranischen Führers, Ali Khamenei, noch nicht

gesprächen, zumal bedeutende Kräfte der sogenannten Zivilgesellschaft in Syrien sich noch gar nicht zu dem Machtwechsel geäußert haben.

Zusätzlich versuchen nun auch noch die Europäer, ihr eigenes Süppchen zu kochen. Sie, die in den vergangenen Jahren kaum eine Rolle im vorderasiatischen Raum spielten, wollen jetzt die veränderten Bedingungen zu ihrem Vorteil nutzen. Einerseits wollen sie sich selbst wieder ins Spiel bringen und Einfluss gewinnen, andererseits wollen sie die Russen aus der Region verdrängen und deren Stellung in Nordafrika und der Sahelzone schwächen. Die Russen halten sich weitgehend bedeckt und scheinen ihren Einfluss im Hintergrund wirken zu lassen.

Türkei gegen USA

Augenblicklich dürfte die größte Gefahr für die zerbrechlichen Verhältnisse in Syrien von der Zuspitzung des Konfliktes zwischen der Syrischen Nationalen Armee mit der Türkei im Hintergrund und den kurdischen Demokratischen Kräften Syriens (SDF) ausgehen, hinter denen die USA stehen. Dabei sind die USA in einer unbequemen Lage, vielleicht der politisch unbequemsten aller Beteiligten. Sie müssen ständig zwischen den Interessen der Kurden und denen des NATO-Partners Türkei versuchen, einen Ausgleich zu finden. Das ist nicht einfach, weil diese sich grundsätzlich widersprechen.

Die Türkei ist nach den USA der zweitgrößte Truppensteller der NATO und inzwischen der einzige Partner, der in der brisanten Lage in Westasien und dem vorderen Orient noch über Einfluss und eine gewisse Gestaltungskraft in westlichen Sinne verfügt. Zudem sichert sie die Ostflanke des Bündnisses besonders gegenüber Russland und kontrolliert die Meerengen zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer. Insofern können die USA und die NATO insgesamt nicht auf das Wohlwollen der Türkei verzichten.

In Syrien sind die USA und der politische Westen weniger auf die Türkei angewiesen als vielmehr auf die kurdischen Kampfverbände. Diese hatten ihnen im Irakkrieg bereits gute Dienste geleistet. Die USA hatten den Kurden Autonomie zugesagt und gesichert, womit sie den kurdischen Wünschen nach der Schaffung eines eigenen Nationalstaates Hoffnung gaben. Die Kurden waren der Bildung eines eigenen Staats noch nie so nahe.

Dafür konnten die USA in diesen autonomen Gebieten Stützpunkte und Flugplätze anlegen, deren Sicherheit gewährleistet war durch die wohlwollende Haltung der Kurden und durch deren Abhängigkeit von der Anwesenheit des amerikanischen Militärs. Solange die USA Streitkräfte in den Kurdengebieten unterhalten, können diese sicher sein vor den Versuchen der Nachbarstaaten, der kurdischen Selbstverwaltung ein Ende zu setzen. Bei diesen Bemühungen kann allein die Türkei sich sehr sicher sein, dass die USA wegen der Kurden keinen Konflikt mit ihr eingehen werden.

Im Zwiespalt zwischen den kurdischen und den türkischen Interessen haben sich die USA immer auf die Seite der Türkei gestellt. So mussten auch nach dem Sturz von Assad die Kämpfer der kurdischen SDF auf Geheiß der Amerikaner sich aus Gebieten zurückziehen, die bisher unter ihrer Kontrolle gestanden hatten, und diese der Nationalen Syrischen Armee (SNA) überlassen. Dass die Kurden diese Gebiete seinerzeit unter hohem Blutzoll von den Milizen des Islamischen Staates befreit hatten, wiegt nicht mehr viel bei den Amerikanern.

Sie scheinen das Kurdenproblem am liebsten schnell zugunsten der Türkei lösen zu wollen, wäre da nicht das Problem mit den Gefangenen des Islamischen Staates. "Die SDF haben die Aufsicht über etwa 10.000 Islamisten in gut einem Dutzend Gefängnissen und kontrollieren das Lager al-Hol, in dem rund 50.000 Angehörige, vor allem Frauen und Kinder, von IS-Kämpfern leben."

Das ist das Druckmittel der Kurden gegenüber der noch im Amt befindlichen amerikanischen Regierung. Sie haben bereits in den US-Medien damit gedroht, "dass sie die Gefängnisse mit IS-Insassen nicht länger schützen könnten, sollten die [SNA-]Milizen weiter vorrücken". Den Kampf gegen die SNA zu führen und gleichzeitig die Gefängnisse zu bewachen, würde die Einheiten der SDF überlasten.

Die Sorge der Biden-Regierung ist groß, dass die IS-Kämpfer, "die Wirren nach dem Sturz Assads nutzen könnten, um sich in der Wüste neu zu formieren". Das würde die Situation für die amerikanischen Streitkräfte in Syrien deutlich verschlechtern, zumal der designierte Präsident Trump schon deutlich gemacht hat, dass er wenig Neigung verspürt, sich weiter in Syrien zu engagieren: "Das ist nicht unser Kampf."

Bei einem eilig anberaumten Treffen mit dem türkischen Präsidenten Erdogan hat US-Außenminister Antony Blinken die Türkei dazu aufgefordert, nach dem Sturz von Assad nun gegen die "Terrororganisation Islamischer Staat (IS) vorzugehen". Die USA scheinen also bereit zu sein, die Kurden fallen zu lassen, wenn die Türkei den Kampf gegen den IS fortsetzt.

Erdogan hat zugesagt, "dass die Türkei präventive Maßnahmen gegen alle Terrororganisationen ergreifen wird. Das bezieht sich vor allem auf die kurdischen Milizen in Syrien" (8). Für die Kurden dürften schwierige Zeiten anbrechen, wenn die Unterstützung der Amerikaner nachlässt. Nach anfänglichem Jubel im politischen Westen über Assads Sturz scheint dieser besonders den USA inzwischen die größten Sorgen zu bereiten.

Rüdiger Rauls ist Reprofotograf und Buchautor. Er betreibt den Blog *Politische Analyse*.

* * *

Meinung

Erfolge der BRICS sind Erfolge der russischen Diplomatie

<https://dert.tech/meinung/230718-erfolge-brics-sind-erfolge-russischen/>

27.12.2024

Das Jahr 2024 ist geprägt von Erfolgen der russischen Diplomatie im Rahmen der BRICS-Vereinigung. In einem Analyse-Artikel der Zeitung Wsgljad werden Expertenmeinungen angeführt, die über den russischen Einfluss im Globalen Süden berichten.

Von Jewgeni Posdnjakow

Im Jahr 2024 ist das Streben des Globalen Südens nach Souveränität deutlich gewachsen. Dieser Wunsch wurde durch den BRICS-Gipfel in Kasan verkörpert, auf dem nicht nur die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten zusammenkamen, sondern auch die zahlreichen Partner Moskaus aus anderen Ländern. Experten zufolge spielte der Gipfel von Kasan eine entscheidende Rolle beim Aufbau einer multipolaren Welt, und selbst der Westen musste die Arbeitsergebnisse der russischen Diplomaten anerkennen.

Ab dem 1. Januar werden Weißrussland, Bolivien, Indonesien, Kasachstan, Kuba, Malaysia, Thailand, Uganda und Usbekistan zu den BRICS-Partnern gehören. Laut dem russischen Präsidentenberater Juri Uschakow werden die aufgeführten Länder zu separaten Treffen im Rahmen der Organisation eingeladen. Darüber hinaus wird derzeit eine Antwort auf die Einladungen von vier weiteren Staaten erwartet.

Die Entscheidung, eine Liste der BRICS-Partnerländer zu erstellen, wurde in diesem Jahr auf dem Gipfel in Kasan getroffen. Dieses Ereignis war nach Ansicht vieler Experten ein Triumph der russischen Diplomatie. Die Organisation entwickelt sich trotz des westlichen Drucks weiter und hat sich auch als Plattform erwiesen, auf der Großmächte ihre Widersprüche lösen können.

Russlands Arbeit mit den Ländern des Globalen Südens beschränkt sich jedoch nicht auf die BRICS. Während des Besuchs von Wladimir Putin in der Demokratischen Volksrepublik Korea wurde der Vertrag über eine umfassende strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern unterzeichnet. Gleichzeitig zeigte das Treffen zwischen Putin und Xi Jinping in Peking eine weitere Stärkung der russisch-chinesischen Beziehungen.

Das Gleiche gilt für die Besuche des indischen Premierministers Narendra Modi nicht nur in Kasan, sondern auch in Moskau einige Monate zuvor. Parallel dazu entwickelten sich aktiv die Beziehungen zu anderen Ländern Eurasiens, die der russische Präsident besuchte, darunter Kasachstan, Usbekistan, Vietnam, die Mongolei, Aserbaidshan und Turkmenistan.

Natürlich kam dies nicht gänzlich ohne Probleme aus. In Syrien stürzte die Regierung von Baschar al-Assad, was die Frage nach der weiteren Präsenz des russischen Militärkontingents auf dem Territorium der Republik aufwarf. Moskau bewies bemerkenswertes diplomatisches Geschick, und derzeit wird mit den neuen Behörden des Staates über die Erhaltung der Stützpunkte diskutiert.

Nach Ansicht von Experten behielt Russland im Jahr 2024 nicht nur seinen Einfluss, sondern stärkte auch seinen Status als einer der Anführer der Bewegung für die Souveränität des Globalen Südens und nutzte zu diesem Zweck sowohl bilaterale Beziehungen als auch andere Instrumente im

Rahmen der BRICS, der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Eurasischen Wirtschaftsunion und anderer Organisationen.

Stanislaw Tkatschenko, Professor der Internationalen Beziehungen der Staatlichen Universität in Sankt Petersburg und Experte des Waldai-Klubs, erklärt diesbezüglich, dass der BRICS-Gipfel in Kasan der Höhepunkt der russischen Diplomatie nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation war. Dabei sei der Kontext wichtig, und zwar, dass die Organisation seit Langem unter dem Druck des Westens gestanden habe, während es innerhalb der Vereinigung ernsthafte Widersprüche zwischen den Mitgliedern gegeben habe. Moskau sei es jedoch gelungen, die meisten Probleme zu lösen. Weiter betont Tkatschenko:

"Es ist uns gelungen, den Dialog zwischen Indien und China zu verbessern, und eine große Zahl von Ländern anzuziehen, die sich nicht scheuten, ihre Vertreter trotz der Kritik der USA und der EU nach Kasan zu schicken. Solche bemerkenswerten Erfolge der BRICS spielen eine wichtige Rolle bei der Umgestaltung der Weltbühne."

Die Organisation vertrete die Vision einer Weltmehrheit, die aus dutzenden souveränen Staaten bestehe, sagt Tkatschenko weiter. Diese Vision untergrabe die Vorstellung der USA, dass sich die Welt auf eine liberale Globalisierung mit einer allmählichen Erosion der Institutionen unabhängiger Länder zubewege.

Man könne sicher sagen, dass Russland als Vorsitzender der Organisation im Jahr 2024 gute Arbeit geleistet habe. Moskau konnte einen Kompromiss zwischen der Ausweitung der BRICS und der Wahrung der Überschaubarkeit der Organisation finden. Dies spiegele sich in der Einführung des Konzepts von Partnerländern innerhalb der Organisation wider.

Jetzt übergebe Russland die Präsidentschaft an Brasilien, wobei die komplexen Fragen bereits gelöst seien. Im Jahr 2024 ist eine klare und verständliche Richtung für die Entwicklung der BRICS skizziert worden. Für die Zukunft steht eine anspruchsvolle Arbeit an, um die derzeitigen Erfolge zu erhalten und auszubauen. Der Experte glaubt aber, dass Russlands Partner in Lateinamerika dazu bereit seien:

"Insgesamt erzielte die russische Diplomatie im Jahr 2024 beachtliche Erfolge im Raum des Globalen Südens. Wir bauten unsere Beziehungen zu asiatischen und afrikanischen Ländern beharrlich und methodisch aus. Wir werden als verlässlicher Partner angesehen, der in der Lage ist, die Meinung der Verbündeten zu berücksichtigen und die notwendigen Kompromisse zu schließen."

Natürlich sei nicht alles reibungslos verlaufen. Der Sturz von Assad in Syrien habe Moskau beispielsweise gezwungen, den eigenen Ansatz beim Aufbau von Beziehungen zu Entwicklungsländern zu überdenken. Hierbei müsse man bei der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ein Gleichgewicht zwischen einem akzeptablen Maß an Kontrolle über die Partner und der Anerkennung ihres souveränen Entwicklungsweges finden.

"In dieser Situation kann es kein Universalrezept geben. Wir müssen unsere eigene Methode der Kommunikation mit jedem Staat finden. Wir sehen, dass die neuen syrischen Behörden nicht auf unserem Rückzug aus der Republik bestehen, die Verhandlungen sind im Gange. Dies zeigt, dass es uns gelungen ist, vor Dezember 2024 zuverlässige Kommunikationskanäle zu ihnen aufzubauen. Dies ist wahrscheinlich ein Ausdruck der multipolaren Welt – es ist notwendig, auf jedes Ergebnis vorbereitet zu sein und Kontakte mit vielen Akteuren aufzunehmen."

Damit die Länder des Globalen Südens ihre Souveränität spüren könnten, müsste die Illusion der Unipolarität endgültig zerschlagen werden. Die militärische Sonderoperation habe diese Barriere beseitigt, argumentiert der Experte. "Es liegt noch viel Arbeit vor uns, aber wir haben es geschafft, einen positiven Trend zu etablieren."

Immer mehr Staaten verbinden ihre Zukunft mit den BRICS, da sie das globalistische Diktat der USA satt hätten, erklärt Andrei Ostrowski, leitender Forscher am Institut für Orientalische Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften. Weniger Abhängigkeit vom Dollar, die Schaffung unabhängiger Finanzinstitutionen – all dies sei ihm zufolge ein Teil der Stärkung des internationalen Einflusses des Globalen Südens. Dies könne auch durch die Einbeziehung der Fähigkeiten Russlands und Chinas erreicht werden:

"Aus diesem Grund wurde die BRICS zu einem echten Machtzentrum. Damit knüpfen Moskau, Peking und Neu-Delhi neue Verbindungen in der internationalen Politik. Zu diesem Zweck werden alle Arten von Infrastrukturprojekten entwickelt, und die Neue Entwicklungsbank wurde gegründet. Natürlich klappt nicht alles auf Anhieb, aber die Forderung nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit der BRICS-Mitglieder ist offensichtlich."

Die westlichen Länder haben zwar begonnen, die BRICS "vorsichtig zu betrachten", aber sie suchen noch nicht nach Formen der Zusammenarbeit mit der Organisation, hebt der deutsche Politikwissenschaftler Alexander Rahr hervor. In Europa und den USA seien folgende Kommentare zu hören: Die BRICS sind ein zu vielfältiger Zusammenschluss. Außerdem ist Brasilien eigentlich mehr mit Washington und Brüssel als mit Moskau und Peking verbunden.

Im Westen glaube man auch nicht, dass die Organisation eine Alternative zum Dollar und zum Euro etablieren könne. In diesem Sinne weigern sich die europäischen und amerikanischen Politiker, eine multipolare Welt anzuerkennen, obwohl eine Reihe führender Experten und einige Beamte keinen Zweifel daran haben, dass diese Zeit bereits gekommen sei.

Außerdem wollen die USA und Europa nach wie vor keine Organisationen dulden, die mit der NATO und der EU konkurrieren könnten, betont Rahr. Dabei seien es gerade die BRICS-Staaten, die die längst überfällige Reform des UN-Sicherheitsrates anführen würden. Wenn Indien, Brasilien oder Südafrika in den Sicherheitsrat aufgenommen würden, dann müsse der Westen mit einem weiteren BRICS-Erfolg rechnen.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 24. Dezember auf der Webseite der Zeitung Wsgljad.

* * *

Provokationen in der Ostsee: Langsam wird es heiß für Rostock

<https://dert.tech/meinung/231045-provokationen-in-ostsee-langsam-wird/>

28.12.2024

Jetzt will also die NATO die Dichte ihrer Schiffe in der Ostsee weiter erhöhen, und eine Koalition der EU-Ostseeanrainer bildet sich ein, alle möglichen Schiffe anhalten und unter Kontrolle bringen zu dürfen, um Russlands Ölexporte zu erschweren. Da wird ein Brandherd vorbereitet.

Von Dagmar Henn

Es sieht ganz so aus, als hätte die Biden-Regierung kurz vor ihrem Abtreten auch noch den Auftrag

erteilt, in der Ostsee ordentlich zu zündeln. Denn wenn man sich das Verhalten der europäischen Staaten in den letzten Jahren betrachtet, erfolgen alle irrsinnigen Handlungen auf Anweisung aus Washington. Und das, was da gerade in der Ostsee vorbereitet wird, ist irrsinnig. Und ganz beiläufig werden die Bewohner von Rostock dabei gewissermaßen in Geiselnhaft genommen.

Fassen wir noch einmal zusammen, was derzeit passiert. Unter dem Vorwand, die EU hätte das Recht, Sanktionen über Lieferungen von russischem Erdöl und Erdgas zu verhängen, die nicht einmal das Hoheitsgebiet eines der EU-Staaten erreichen, sondern nur auf internationalen Schifffahrtswegen an ihnen vorbeifahren, werden völlig normale Tanker verschiedenster Eigentümer und Herkunft zu einer "Schattenflotte" erklärt, die man meint, jederzeit anhalten, kontrollieren oder gar an der Weiterfahrt hindern zu können.

Vor wenigen Tagen veröffentlichte die EU eine neue Sanktionsliste gegen Schiffe, die sie dieser "Schattenflotte" zurechnet. Einer der Gründe, die dafür genannt werden, ist, dass diese Schiffe nicht "ordentlich", sprich bei westlichen Versicherern, versichert seien. Interessanterweise ist ein großer Teil dieser Schiffe gar nicht "schattenhaft", sondern im Besitz des staatlichen russischen Unternehmens SCF (ausgeschrieben immer noch SowComFlot, die sowjetische Handelsflotte). Für staatlich betriebene Schiffe besteht aber gar kein Erfordernis einer kommerziellen Versicherung, weil man davon ausgehen kann, dass der Staat im Falle von Problemen haften kann. Eine Versicherungspflicht dient immer dem Zweck, Entschädigungen auch in jenen Fällen sicherzustellen, in denen der Verursacher eines Schadens gar nicht die finanziellen Möglichkeiten hätte, einen Schaden auszugleichen.

Außerdem wurden reihenweise Geschichten über vermeintliche Sabotageakte an Kabeln in der Ostsee verbreitet, an denen angeblich Russland schuld wäre. Interessanterweise erfolgten alle diese Störungen nach der Eröffnung des Ostseekommandos der NATO in Rostock im Oktober. Als hätten die russischen Saboteure den dringenden Wunsch verspürt, mit ihrer Sabotage zu warten, bis die NATO ihre militärischen Strukturen auf Vordermann gebracht hat. Ein Schuft, wer Böses dabei denkt.

Seerechtlich ist die Lage einfach und – nicht wirklich überraschend – völlig anders, als es von NATO-Vertretern und der westlichen Presse behauptet wird. Es gibt keine Rechtsgrundlage, Schiffe auf internationalen Schifffahrtswegen aufzubringen, außer, man hat den begründeten Verdacht, dass mit ihnen Sklavenhandel oder Seeräuberei betrieben würde. Eine Blockade von Schifffahrtswegen oder das Kapern von Schiffen ist eine Kriegshandlung. Der juristische Unterschied zwischen Piraterie und Kriegshandlung liegt nicht in der Tat, sondern im Täter, der bei der Piraterie nicht staatlich ist. Was gleichzeitig bedeutet, dass jede Handlung, die auch Piraten vornehmen, also schon das unberechtigte "unter Kontrolle bringen" eines Schiffes, zwischen Staaten als Kriegsakt gilt.

Bereits im Sommer verkündeten Estland und Finnland lautstark ihre Fantasien, die Ostsee für die russische Marine sperren zu wollen. Keine realistische Vorstellung, aber das hält inzwischen Vertreter der NATO nicht mehr davon ab, irgendwelche wilden, selbstüberschätzenden Gedanken zu entwickeln. Das, was derzeit im Zusammenhang mit der "Schattenflotte" und der "Sabotage" vorbereitet wird, ist eine Blockade für die zivile Schifffahrt – womöglich in der Hoffnung, dass man sich das tatsächlich erlauben könne, ohne eine direkte russische Antwort fürchten zu müssen, sofern es dabei um Schiffe geht, die weder in russischem Besitz sind noch unter russischer Flagge fahren.

Vom 2. bis zum 15. Dezember hat die NATO ein "Blitz" genanntes Manöver durchgeführt, bei dem unter anderem eine Blockade im finnischen Meerbusen geübt wurde. Für die Zukunft sind weitere Manöver geplant, die auch Landungsoperationen in Kronstadt und Sankt Petersburg und Angriffe auf die Handelshäfen in Sankt Petersburg und Ust-Luga umfassen sollen. Ust-Luga ist der Anlaufpunkt für die meisten Schiffe auf der EU-Sanktionslinie, die dort ihre Öllieferungsrouten

nach Indien und China beginnen.

Vor diesem Hintergrund erlangte selbst der jüngste Seerechtsverstoß im Mittelmeer eine andere Qualität: die Tatsache, dass sich ein norwegisches Schiff weigerte, russische Seeleute aus einer Notlage zu retten, in die sie geraten waren, als die Ursa Major sank. Dass nach Angaben der Schiffsbetreiber die von den Explosionen gerissenen Löcher, die das Schiff zum Sinken brachten, nach innen gerichtet waren, was auf einen Angriff von außen (vermutlich mit Haftminen) hinweist, ist das eine, die Verweigerung der Rettung das andere. Das deutet im Grunde auf eine Kriegsführung hin, die auch sämtliche Teile der zivilen Schifffahrt umfasst, und erinnert viel zu sehr an das Treiben der EU in der Ostsee, um getrennt davon gesehen zu werden.

Russland wäre geradezu mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn es in der Summe dieses Verhaltens keine direkte Kriegsvorbereitung sehen würde. Es lässt sich gar nicht mehr anders deuten. Allerdings gibt es noch einen weiteren Punkt, der diese Bestrebungen weit gefährlicher macht, als sie auf den ersten Blick aussehen.

Geografisch gesehen gibt es zwei Stellen, an denen Russland verwundbar ist. Die eine ist Kaliningrad, die andere ist Sankt Petersburg und besagter finnischer Meerbusen. Dabei ist jedoch die wirtschaftliche Bedeutung des Gebiets am finnischen Meerbusen bedeutend größer. Und nicht nur das – da ist auch noch die Geschichte der Belagerung Leningrads im Zweiten Weltkrieg, eines der großen Traumata, an der finnische Truppen beteiligt waren.

Eine mögliche Bedrohung für Sankt Petersburg wird zu Recht von russischer Seite sehr ernst genommen und dürfte eine sehr deutliche Reaktion auslösen, was man bei der NATO und in der EU selbstverständlich weiß, auch wenn man so tut, als wüsste man es nicht, und als wären all diese Vorstöße, die Ostsee in eine von mittelalterlichen Wegelagerern umrahmte NATO-Pfütze zu verwandeln, völlig harmlos und jede Reaktion nur russischer Bösartigkeit zuzuschreiben.

Die Rostocker allerdings, deren Stadt jüngst mit einem NATO-Kommandoposten geziert wurde, der einen klaren Verstoß gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag darstellt, die auch nicht gefragt wurden, ob sie eine gegen Russland gerichtete Militarisierung ihrer Stadt erstrebenswert finden oder eher nicht, können jetzt erschreckt feststellen, dass dieses Ostseekommando für sie weit schneller zum Problem werden könnte, als sie vermutet haben – weil die Koordination all dieser Provokationen in Rostock erfolgen dürfte, und in dem Moment, in dem die NATO-Staaten den längst schmalen Grat zu einer Kriegshandlung überschreiten, dieses Ostseekommando zum wichtigsten Ziel werden dürfte.

Womit sich das ganze NATO-Gestischele nicht nur gegen Russland richtet, sondern im Grunde ebenso sehr gegen die Rostocker, die ja die unerwünschte Eigenschaft besitzen, der NATO gegenüber die wahre Liebe vermissen zu lassen und – wie die Mehrheit der einstigen DDR-Bürger – das Wüten gegen Russland eher mit verwunderter Distanz zu betrachten. Man hätte dieses Ostseekommando auch in Kiel ansiedeln können, oder in Gdansk. Dass es in Rostock steht, ist durchaus eine gezielte Bosheit den Einheimischen gegenüber, die durch die Anwesenheit dieses Kommandos für Handlungen mit in Haftung genommen werden könnten, die sie ablehnen.

Wenn man sich den Verlauf der vergangenen Wochen ansieht, allein, wie viel häufiger gerade von irgendwelchen Vorfällen in der Ostsee die Rede ist (vom einzig wirklich wichtigen, Nord Stream, wird selbstverständlich weiter geschwiegen), muss man tatsächlich fürchten, dass die dünne Linie von der stetigen Provokation zur Kriegshandlung womöglich noch vor dem 20. Januar überschritten wird, weil solche Akteure wie US-Außenminister Antony Blinken einfach auf die Schnelle noch unumkehrbare Tatsachen schaffen wollen. In diesem Kontext ist es auch etwas unheimlich, dass ausgerechnet die gläubige US-Agentin Außenministerin Annalena Baerbock sich gerade, wenn man der Berichterstattung der Bild glaubt, von Experten bewerten ließ, ob denn Deutschland die

russische Hyperschallrakete Oreschnik abwehren könne.

Was schon allein deshalb seltsam ist, weil solche Themen üblicherweise nicht in die Zuständigkeit des Außenministeriums fallen. Diese unheimliche Piratengemeinschaft, die sich gerade in der Ostsee bildet, tut das jedoch anteilig durchaus, weil die Koordination dieses Ostsee-Irrsinns nicht nur über die NATO, sondern auch über die EU und damit über die Außenministerien läuft. Was dann wiederum bedeuten könnte, dass Baerbock deshalb nachgefragt hat, weil die Meute der antirussischen Ultras, die sich über die Außenministerien formiert (rund um die neue EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas), gerade über Handlungen nachdenkt, die einen Grund dafür liefern könnten, dass das neue Ostseekommando in Rostock einen Besuch von russischen Haselnüssen erhält.

Es sind auf jeden Fall beunruhigende Entwicklungen, mit viel zu vielen unberechenbaren und irrationalen Beteiligten, wie den irren Balten, und das höchst reale Risiko, das in diesen Provokationen liegt, die in Deutschland als "Bekämpfung der Schattenflotte" oder gar als "Schutz vor russischer Sabotage" erzählt werden, sollte nicht unterschätzt werden. Die Farbrevolution in Georgien ist gescheitert, ebenso wie der Putschversuch und geplante Krieg in Südkorea, aber das ist keine Garantie dafür, dass es den Plänen in der Ostsee ebenso ergeht.

* * *

Die Ära Putin: Das Wichtigste kommt erst noch

<https://dert.tech/meinung/231132-aura-putin-wichtigste-kommt-noch/>

29.12.2024

Mit der Machtübergabe an Wladimir Putin vor 25 Jahren machte Boris Jelzin einen Teil seiner katastrophalen Fehlentscheidungen gut. Putin konnte den Zerfall Russlands verhindern. Doch die wichtigste Aufgabe steht ihm noch bevor: die Befreiung des Landes von einer antinationalen Elite.

Von Pjotr Akopow

Die Putin-Ära dauert nun schon ein Vierteljahrhundert. Sie begann am 31. Dezember 1999, als der damalige Staatsführer Boris Jelzin am Silvesterabend seine achtjährige Regierungszeit mit einer Entscheidung beendete, die zumindest teilweise seine vielen schwerwiegenden Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen gutmachte: Er traf nicht nur die richtige, sondern eine historische Entscheidung – er übergab die Macht an Wladimir Putin.

Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand die Zeitdauer und das Ausmaß von Putins Epoche einschätzen – vielmehr war es damals kaum vorstellbar, dass seine Präsidentschaft als Epoche in die russische Geschichte eingehen würde. Doch Putin trat nicht nur ernsthaft und für eine lange Zeit an – er schaffte es auch, zwei entscheidende Aufgaben zu erfüllen.

Er musste den weiteren Landeszerfall verhindern, denn die Chancen für eine weitere Desintegration des bereits "kleinen Russlands", das heißt der Russischen Föderation, blieben sehr hoch. Und das lag nicht nur am Krieg im Nordkaukasus, sondern auch an den Ambitionen der in der Hauptstadt ansässigen Oligarchen und der allgemeinen Stimmung unter den regionalen Eliten. Während Erstere sich als die eigentliche Macht im Lande betrachteten und eine vollständige Unterwerfung des Staatsapparates unter ihren Einfluss anstrebten, wollten letztere sich von der in Abhängigkeit von den Oligarchen geratenen Staatsregierung stärker distanzieren und ihre Rechte und ihr Territorium vor Raubzügen der Oligarchen schützen.

Das Handeln dieser beiden Gruppen schwächte Russland im Inneren und hätte dazu führen können, dass sich das Land de facto in eine Konföderation verwandelt hätte, in der sich Selbstverwaltung und Autonomie der Regionen mit der Abhängigkeit der Regierung und des Kremls von der Oligarchenelite verbunden hätten. Dies hätte entweder zum Landeszerfall in mehrere Regionalblöcke oder zur Errichtung einer Oligarchendiktatur geführt, in der die wahren Herrscher des Landes durch Manipulation der öffentlichen Meinung Minister und Präsidenten austauschen würden.

Russland (als Ganzes und in Teilen) würde mit allen Mitteln in die westlichen Strukturen und in die Umlaufbahn des westlichen Einflusses hineingezogen werden – als Juniorpartner, der faktisch kein Stimmrecht hat. Denn die oligarchische Klasse war nicht nur kosmopolitisch, sondern überwiegend prowestlich orientiert.

Aber Putin schaffe es nicht nur, diesen Trend zu stoppen. Er wendete diesen künstlichen (weil den nationalen Interessen und den historischen Gegebenheiten widersprechenden) Lauf der Dinge um. Durch die Wiederherstellung der Machtvertikale und die Entziehung des politischen Einflusses der Oligarchie änderte er die Entwicklungsrichtung Russlands – und wendete damit die Gefahr des Landeszerfalls ab.

Aber die nach dem Zusammenbruch der UdSSR bestehenden Probleme und Herausforderungen dieses "Großrussland" sind nicht verschwunden, aber auch hier gelang es Putin, die Entwicklungsrichtung zu ändern. Russland stand vor zwei Herausforderungen: dem Verlust des postsowjetischen Raums im Allgemeinen und der Ukraine im Besonderen. Die Ukraine konnte keineswegs als eigenständiger Staat betrachtet werden – es handelte sich um zwei Staaten einer einzigen Nation. Und diese Staaten waren in der einen oder anderen Form auf eine Wiedervereinigung angewiesen, sei es nach dem Vorbild des Unionsstaates Russland-Weißrussland, der Eurasischen Union oder einer vollständigen Wiedervereinigung.

Aber sowohl die Politik des Westens als auch die Haltung der Mehrheit der ukrainischen Elite (die völlig oligarchisch ist) führten dazu, dass Russland die Ukraine nicht länger mit friedlichen Mitteln vor einer "Entführung durch Europa" bewahren konnte: Die Integration der Ukraine in die EU und dann in die NATO würde der Wiedervereinigung zweier Staaten desselben Volkes ein Ende setzen. All dies löste die Ereignisse auf der Krim und anschließend den Beginn einer speziellen Militäroperation in der Ukraine aus.

Doch der Kampf um die Ukraine erwies sich als härter und komplizierter als gedacht. Das lag unter anderem daran, dass die Ukraine zu diesem Zeitpunkt bereits teilweise zu einem Anti-Russland geworden war. Diese Tragödie – die in vielerlei Hinsicht ein Bruderkrieg darstellt und zur Freude und zum Nutzen sowie mit aktiver Unterstützung der Atlantiker erfolgt – ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Russland es sich nicht leisten konnte, auf die Ukraine zu verzichten. Es konnte nicht so tun, als gäbe es für es keine "ukrainische Frage" von Belang, es konnte sich nicht erlauben, es hopsgehen zu lassen und dem Westen zu sagen: "Wollt ihr die Ukraine? Ja, bitte sehr!" Das wäre eine Katastrophe für die gesamte Geschichte Russlands gewesen – eine Katastrophe, die noch größer wäre als die Tragödie im Jahr 1991. Und Putin ist keineswegs derjenige, der so etwas zulassen könnte.

Putin verdiente sich bereits einen bedeutsamen Platz in der russischen Geschichte, indem er den weiteren Zerfall des noch verbliebenen Landes nach 1991 verhinderte und damit begann, die verschleuderten Ländereien wieder zusammenzufügen. Doch sein Beitrag beschränkt sich nicht nur darauf – im Mittelpunkt steht seine Wahrnehmung Russlands als eigenständige Zivilisation, als Heimat des russischen Volkes, die gestärkt und entwickelt werden muss.

Aber die wirkliche Volkswahrung ist unmöglich beim Vorhandensein einer supranationalen, aber im Grunde genommen antinationalen Elite – oligarchischer, politischer oder kultureller Art. Die Befreiung Russlands von ihrer Macht hängt unmittelbar mit der Lösung der beiden Hauptaufgaben Putins zusammen, und dieser Prozess wird noch lange andauern, denn die Formierung einer neuen – wirklich nationalen – Elite ist gerade erst im Gange.

Ein Vierteljahrhundert ist zu kurz, um eine Bilanz zu ziehen. Aber nicht nur, weil Putin bis zum Jahr 2036 Präsident Russlands bleiben kann – seine Ära wird fort dauern, und zwar so lange, wie er nach Gottes Willen noch leben wird. Genauso viele Jahre wird sein Dienst für das Wohl Russlands dauern.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 29. Dezember 2024 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.

* * *

Flugzeugabsturz Baku–Grosny: Sollte man den Himmel über Russland schließen?

<https://dert.tech/meinung/231224-flugzeugabsturz-baku-grosny-sollte-man/>

30.12.2024

Eines ist heute schon klar: Die primäre Ursache für den Absturz des Flugzeugs von Baku nach Grosny war die Gefährdung des südrussischen Flughafens durch einen ukrainischen Drohnenangriff. Das Ziel des Regimes in Kiew liegt demnach in der Lahmlegung des zivilen Luftverkehrs im europäischen Teil Russlands.

Von Tatjana Montjan

Heute gibt es kaum noch Zweifel daran, dass der Absturz des Flugzeugs, das am 25. Dezember von Baku nach Grosny unterwegs war, nicht das Ergebnis einer "Kollision mit einem Vogel" oder einer "Explosion eines Sauerstofftanks an Bord" war. Das Flugzeug stürzte ab, weil es von einem Schrapnell getroffen wurde – und dabei ist es nicht einmal wichtig, ob eine Drohne aus dem Speckreich (so nennt die Autorin die Ukraine – Anm. der Red.) oder eine russische Flugabwehrrakete dafür die Ursache waren. Wichtig ist, dass der Absturz die Folge eines Drohnenangriffs auf den Flughafen von Grosny war, was wiederum die Frage aufwirft, wie sicher es für zivile Flugzeuge ist, in dieser Situation am russischen Himmel zu fliegen.

Es ist nämlich kein Geheimnis, dass die Störung des zivilen Luftverkehrs der eigentliche Grund und Zweck der ukrainischen Drohnenangriffe auf Russlands Flughäfen ist. Sergei Sternenko zum Beispiel, ein bekannter CIA-SBU-Gefolgsmann, schreibt ganz offen darüber. Der eine oder andere mag ja meinen, dass es sich deshalb nicht lohnt, den Himmel zu schließen und den Luftverkehr einzuschränken, weil sich dann herausstellen würde, dass der Feind sein Ziel erreicht hat.

Ich persönlich glaube aber, dass dies nicht ganz richtig ist. So zu tun, als ob alles in Ordnung ist, wenn es doch in Wirklichkeit nicht so ist, bedeutet, das Gesicht zu wahren und dabei das Leben der Passagiere russischer und ausländischer Flüge zu gefährden. Das ist, wie man so schön sagt, nicht unsere Methode – oder sollte nicht unsere Methode sein.

Ich verstehe, dass die Streichung oder Reduzierung von Flügen auch nur im europäischen Teil Russlands viele Menschen und die Wirtschaft insgesamt treffen würde. Es ist jedoch unmöglich, in einem Land, das sich im Krieg befindet, nach den Gesetzen der Friedenszeiten zu leben. Der einzige Weg, um den Komfort eines friedlichen Lebens zu gewährleisten, ist, diesen Krieg so

schnell wie möglich zu beenden. Und zwar nicht durch irgendwelche "Deals", wie manche vorschlagen: Das bringt nichts, auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit.

m Spreckreich heißt es bereits, dass auch nach Abschluss eines "Waffenstillstands" weiterhin "Guerilla"-Raketen und "anonyme" Drohnen gen Russland fliegen werden. Nein – nur ein Sieg wird die wahrhaftige Sicherheit Russlands gewährleisten; und wenn wir so schnell wie möglich zu einem friedlichen Leben zurückkehren wollen, müssen wir unser Möglichstes tun, um diesen Sieg so schnell wie möglich sicherzustellen.

Alles in allem sind diese "Spielchen" mit Drohnen und Flughäfen eine ziemlich gefährliche Sache. Schließlich können "unbekannte Drohnen" auch über den Flughäfen westlicher Länder auftauchen, und wer weiß, wozu das auf Dauer führen kann ...

Tatjana Montjan ist eine ukrainische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin, Publizistin und Bloggerin. Vor Beginn der russischen militärischen Intervention musste sie Kiew verlassen, nachdem sie vor der UNO über die Zustände in der Ukraine gesprochen hatte. Derzeit lebt sie im Donezk, engagiert sich für humanitäre Hilfe für Kriegsgeschädigte und führt Videoblogs. Man kann ihr auf ihrem Telegram-Kanal folgen.

* * *

Ostsee-Piraten beginnen Krieg gegen Russland

<https://dert.tech/meinung/231256-ostsee-piraten-beginnen-krieg-gegen/>

31.12.2024

Wer heuchelt schöner als die Europäer? Ein Terrorangriff auf einen russischen Frachter im Mittelmeer ist kaum eine Meldung wert. Das rechtswidrige Kapern eines russischen Tankers unter albernen Vorwürfen in der Ostsee finden sie gerechtfertigt. Diese Piraterie wird bestraft werden.

Von Wladimir Kornilow

Zwischen dem Weihnachtsfest und Silvester zeigte sich die Heuchelei der europäischen Medien mehr als deutlich. Wenn man vergangenes Wochenende ihre Zeitungen durchblättert, dann fand man auf den Titelseiten als Hauptnachricht die Meldung über den im Finnischen Meerbusen gekaperten Tanker "Eagle S". Einige (bei weitem nicht alle) Zeitungen erwähnen viel bescheidener den eklatanten Angriff auf das russische Massengutfrachtschiff Ursa Major, der zu dessen Untergang im Mittelmeer führte. Mit anderen Worten, die Europäer sind an dieser Nachricht weit weniger interessiert – schließlich wurde ein russisches Schiff auf den Meeresgrund geschickt – und man braucht sich keine Sorgen darüber zu machen.

Aber auch in der ersten Pressemeldung wurde die Aufmerksamkeit der Presse eher auf die Vorwürfe gelenkt, dass die Besatzung des Tankers – angeblich "auf Befehl Russlands" – mit ihrem Anker das Unterseekabel zwischen Estland und Finnland beschädigt habe, als auf die anschließenden Piratenaktionen der Finnen, die das Schiff in internationalen Gewässern gekapert hatten. Mit anderen Worten: Das Vorgehen der Finnen wurde nicht nur nicht verurteilt, sondern im Gegenteil allgemein gutgeheißen!

Angesichts des von den Finnen vorbildlich durchgeführten Piratenmanövers mussten sich zudem die dänischen Experten dafür rechtfertigen, dass ihre Behörden eine Woche vor dem Vorfall mit der "Eagle S" nicht so entschlossen gehandelt hatten. Damals wurde dem unter chinesischer Flagge fahrenden Massengutfrachtschiff Yi Peng 3 ebenfalls vorgeworfen, ein Kabel in der Nähe des

dänischen Hoheitsgebiets beschädigt zu haben, doch das Schiff setzte seine Fahrt fort. Nun erklären die Dänen, dass die Europäer aus Angst vor Chinas scharfer Reaktion nicht riskiert hätten, das unter chinesischer Flagge fahrende Schiff zu kapern. Im Falle der Beschlagnahme des Tankers "Eagle S" stellte sich dieses Problem jedoch nicht – der Tanker wurde auf die Cookinseln registriert, die ihre Rechte wahrscheinlich nicht aktiv verteidigen werden. Also keine Doppelmoral!

Der Tanker gehört also formell zu einem fernen Inselstaat. Seine Besatzung besteht aus Bürgern Georgiens und Indiens. Das hindert die Europäer jedoch nicht daran, diese Besatzung einvernehmlich zu einem Instrument der "russischen hybriden Aggression" zu erklären. Angeblich habe sie kürzlich "geheime russische Ausrüstung" an der Küste abgeladen (versuchen Sie jetzt, das Gegenteil zu beweisen!) und russische Befehle zur Sabotage an dem Unterwasserkabel ausgeführt.

Warum und zu welchem Zweck die internationale Besatzung all dies benötigt hätte, wird von niemandem erklärt. Bei dem Vorfall mit dem Massengutfrachtschiff Yi Peng wurde zumindest eine solche Begründung angeführt: "Unter der Besatzung befand sich ein russischer Staatsbürger" – was bereits ein Grund für Anschuldigungen darstellt. Allerdings wurde im Fall der "Eagle S" noch kein Russe gefunden, aber Russland ist a priori an allem schuld!

Und das – wie wir verstehen – reicht bereits aus, um ein lautes Geheul über "Moskaus Aggression" auszulösen. "Russland will den Krieg nach Europa bringen", titelt die schwedische *Göteborgs-Posten*. Beweise werden nicht verlangt, die Zeitung stellt einfach fest:

"Es besteht kein Zweifel, wer hinter den Sabotageakten steckt. Das ist Teil von Russlands hybrider Kriegsführung."

"Der unsichtbare Krieg gegen Russland hat unsere Haustür erreicht", berichtet die dänische *Politiken* unter Berufung auf den vor kurzem ernannten Assistenten des NATO-Generalsekretärs Jean-Charles Ellerman-Kingombe. Dieser neue NATO-Beamte macht auch keinen Hehl daraus, dass er diesen Krieg auch nach dem Abschluss eines hypothetischen Friedens im Ukraine-Konflikt fortsetzen will.

"Putin verlagert die Front nach Europa", informiert die niederländische Zeitung NRC ihre Leser. Sie zitiert die Meinung des dänischen Analytikers Andre Jakobson:

"Er (Putin) will den Preis für unsere Unterstützung der Ukraine erhöhen. Bislang fallen diese Unterstützungskosten nicht sehr hoch aus."

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass in dieser Weise fast alle europäischen Publikationen über das beschädigte Unterseekabel und die – gelinde gesagt – nicht ganz legale Kaperung der "Eagle S" durch die Finnen berichten! Dies betrifft vor allem die nordeuropäischen Länder, wo bereits die Idee diskutiert wird, eine NATO-"Abschreckungsflotte" in ihren Gewässern zu stationieren – selbstverständlich zur Abschreckung Russlands.

Dabei ist Folgendes zu betonen: All dies zielt auf die angebliche Sicherung von Unterseekabeln in der Ost- und Nordsee. Aber warum forderte das niemand nach der Tiefsee-Sprengung von Nord Stream? Ich erinnere mich, dass jemand in Europa damals sogar applaudierte und rief: "Danke, USA!". Und dieser "Jemand" ist übrigens heute der offizielle polnische Außenminister.

Die Versenkung eines russischen Massengutfrachtschiffs im Mittelmeer erregte in Europa fast keine Aufmerksamkeit. Die spanische Presse berichtet mit Schaum vor dem Mund über zerstörte Kabel in der Ostsee und fordert ein entschlossenes Vorgehen gegen den "Aggressor", ignoriert aber die Tatsache, dass jemand ein ziviles Schiff relativ nah an der spanischen Küste sprengte und damit die

lokale Umwelt gefährdete. Aber warum? Weil es ein russisches Schiff war, das versenkt wurde. Und obwohl die ukrainischen Propagandisten offen mit weiteren Sabotageakten in Europa drohen, kümmern sich die Europäer nicht im Geringsten darum!

Es stellt sich also die Frage: Wer hat wem den Krieg erklärt und wer hat die Front tatsächlich nach Europa verlegt? Wenn die Europäer glauben, dass sie ungestraft Piratenaktionen gegen russische Schiffe oder Schiffsladungen durchführen können, dann irren sie sich gründlich. Letztendlich erhalten sie sowohl symmetrische als auch asymmetrische Antworten von Russland.

Dies gilt insbesondere für die Vertreter jener nordeuropäischen Länder, die jetzt ihre Kampflust zum Ausdruck bringen und mit ihren provokativen Aktionen die Voraussetzungen für eine harte Gegenreaktion schaffen. Wenn die Finnen oder Esten ernsthaft glauben, dass sie das Recht haben, ungestraft einige russische Ladungen zu beschlagnahmen, dann irren sie sich sehr – auch Russland hat Möglichkeiten, auf jegliche Piratenaktionen der heißblütigen Ostsee-Korsaren spiegelbildlich zu reagieren.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 30. Dezember 2024 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.

* * *

Bundespräsident Steinmeier und die Bedrohung der Demokratie

<https://dert.tech/meinung/231465-bundespraesident-steinmeier-und-bedrohung-demokratie/>

01.01.2025

Bundespräsident Steinmeier spielt sich gern als Wächter der "Demokratie" auf. In seiner jüngsten Rede droht er zwischen den Zeilen, die nächste Wahl im Februar zu annullieren, wenn das deutsche Volk nicht so wählt, wie er es will.

Von Rainer Rupp

Vergangene Woche hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gemäß seinen Pflichten die Auflösung des Bundestages und Neuwahlen im Februar verkündet, aber nicht, ohne diese Aktion mit kaum verklausulierten Drohungen an das deutsche Volk zu begleiten: Denn für den Fall, dass die Leute "falsch" wählen, also rechte Parteien die Wahl gewinnen, könnte er die ganze Wahl einfach annullieren. Natürlich um die Demokratie zu retten, warum auch sonst?

atsächlich ist Steinmeier kein besonders beliebter Bundespräsident. Nicht wenige sehen in ihm sogar den Schlimmsten, den wir jemals hatten. Schließlich versucht er in seinen Reden nicht, die Bürger zu verbinden, sondern zu trennen, indem er die einen lobt und die anderen als "rechts" beschimpft und beleidigt.

Schauen wir uns einmal die wichtigsten Aussagen mit der geschickt verpackten, antidemokratischen Drohung an:

1) "Ich erwarte, dass dieser Wettstreit [die Bundestagswahl] mit Respekt und mit Anstand geführt wird, schon allein deshalb, weil nach der Wahl die Kunst des Kompromisses gefragt sein wird, um eine stabile Regierung zu bilden."

Wenn Steinmeier hier eine "stabile Regierung" beschwört, dann ist das bereits ein Akt der Heuchelei, denn er ist es selbst, der mit seiner SPD eine stabile Mehrheit in der Regierung verhindert, indem er politisch unverrückbar auf der undemokratischen "Brandmauer" zur

Ausgrenzung der AfD besteht.

Als großer Verfechter dieser "Brandmauer" schließt Steinmeier automatisch große Teile der Bevölkerung vom demokratischen Prozess im Parlament aus. Und wenn es dann schwierig wird, eine stabile Mehrheit zu finden, siehe die Beispiele Thüringen und Sachsen, dann kann man nicht auch noch die AfD dafür verantwortlich machen. Weiter geht es in seiner Rede mit diesen ominösen Worten:

2) "Und ich erwarte auch, dass der Wahlkampf mit fairen, mit transparenten Mitteln geführt wird. Einflussnahme von außen ist eine Gefahr für die Demokratie, sei sie verdeckt wie kürzlich offenbar bei den Wahlen in Rumänien oder offen und unverhohlen, wie es derzeit besonders intensiv auf der Plattform X betrieben wird."

Hier spricht Steinmeier über die große Gefahr für die Demokratie durch die Einmischung von außen. Und jeder von uns denkt da an den mutigen SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Roth, der inmitten der fehlschlagenden "Farbrevolution" in Georgien in die Hauptstadt Tiflis gereist ist, um dort aktiv Wahlkampf für die Opposition zu machen, die ziemlich gewalttätig gegenüber der demokratisch gewählten Regierung auftritt. Roth hat dort öffentliche Reden gehalten, also aktiv von außen in den georgischen Wahlkampf eingegriffen, also genau das getan, was laut Steinmeier als besonders böse und brandgefährlich für die Demokratie bezeichnet wird.

Oder da wäre noch das SPD-Urgestein Ralf Stegner, der in den USA aktiv Wahlkampf und Stimmung gegen Donald Trump gemacht hat. Und nicht zu vergessen sind die vielfältigen Einmischungen des neoliberal/woken Milliardärs George Soros und seiner Organisationen in den politisch-medialen Komplex der Bundesrepublik und anderer EU-Länder aufseiten der etablierten Parteien. Darüber scheinen sich Leute wie Steinmeier eher zu freuen, statt sich aufzuregen.

Etwas ganz anderes ist natürlich die aktive Einmischung von außen in den Wahlkampf zugunsten der AfD, wie das jüngst Elon Musk in einem Artikel in der Welt und auf seiner Plattform X gemacht hat. Das ist natürlich ganz, ganz böse und muss verhindert werden! Und wenn man es schon nicht verhindern kann, dann muss man die negativen Folgen, die daraus entstehen, bekämpfen, indem man zum Beispiel die Wahlergebnisse annulliert, falls die AfD zu viele Stimmen im Februar bekommt. Vor wenigen Wochen hat der Präsident Rumäniens vorgemacht, wie das geht.

Bei der Präsidentschaftswahl in Rumänien war ganz überraschend ein rechter Politiker und Gegner des Ukraine-Kriegs auf den ersten Platz gekommen, was dem Wertewesten und seinen Marionetten in Rumänien überhaupt nicht gefallen hat. Daraufhin wurde die Wahl einfach annulliert! Punkt! Und als Begründung dafür hat man Einflussnahme von außen genannt, angeblich hätten russische TikTok-, YouTube- und Twitter-Operateure zu viel Desinformation verbreitet. Natürlich brauchte man keine Beweise für die Behauptungen der Einmischung von außen vorzulegen, denn jedes Kind weiß ohnehin, dass es die Russen waren.

Genau eine solche Einmischung von außen durch Elon Musk auf X sieht Steinmeier jetzt auch bei uns in Deutschland und er erscheint auch bereit, notfalls mit demselben Argument die Wahlen zu annullieren, falls rechte Parteien gewinnen. Steinmeiers Botschaft zwischen den Zeilen war deutlich genug: Auch in Deutschland könnte es zu Konsequenzen wie in Rumänien kommen. Denn in seiner Rede an der Berliner Humboldt-Universität bezieht er sich explizit auf das Beispiel der "Wahlen in Rumänien", auf "die Gefahr für die Demokratie" und auf die "Einflussnahme von außen", die "verdeckt oder offen und unverhohlen [...] derzeit besonders intensiv auf der Plattform X betrieben wird". Allerdings gibt es den Unterschied, dass es diesmal nicht die Russen, sondern der Amerikaner Musk und andere Trumpisten sind.

Ein Präsident, der öffentlich über eine mögliche Annullierung von Wahlen spekuliert – das ist beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik. Niemand in den großen "Qualitätsmedien", die sich sonst schnell als Verteidiger der Demokratie in Stellung bringen, scheint sich für die unfassbare, implizite Drohung der Wahlannullierung Steinmeiers zu interessieren.

* * *

Deutschland wird ruiniert – Aber es herrscht Schweigen über die Ursachen

<https://dert.tech/meinung/231471-deutschland-wird-ruiniert-aber-es/>

02.01.2025

Dieses Land wird vor unser aller Augen zugrunde gerichtet. Das Schweigen über die wirklichen Ursachen dieses Zerstörungswerks ist ohrenbetäubend. Es ist an der Zeit, den ständigen Ausnahmezustand in Deutschland zu beenden. Ein Einwurf von Wolfgang Bittner.

Von Wolfgang Bittner

Erstauslich, was sich da vor unseren Augen abspielt. 22.400 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2024, Massenentlassungen, Kurzarbeit, Abwanderung von Unternehmen in andere Länder. Jetzt haben die Parteien ihre Wahlprogramme veröffentlicht, und sie wollen vor allem die Wirtschaft wiederbeleben. Aber es herrscht Schweigen über die eigentlichen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs; ebenso bei den Gewerkschaftern und Unternehmern.

Geschwiegen wird auch über den Urheber der bedrohlichen Kriege und Krisen. Als gäbe es die USA nicht, die seit Jahrzehnten überall in der Welt intrigieren, zündeln, spalten, intervenieren und dabei sind, einen dritten Weltkrieg zu entfachen. Kein Wort darüber, dass Deutschland systematisch deindustrialisiert wird, dass es durch die Sprengung der Ostsee-Pipelines von einer verlässlichen, preiswerten Energielieferung aus Russland abgeschnitten wurde.

Im September 2022, als viele Menschen für die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 demonstrierten, um einer bedrohlichen Notlage zu entgehen, wurde die Pipeline zeitgleich mit Nord Stream 1 durch Sprengungen weitgehend unbrauchbar gemacht. Der bekannte amerikanische Investigativjournalist Seymour Hersh ist nach umfangreichen Recherchen zu dem Ergebnis gekommen, dass die USA diesen Angriff auf die deutsche Energiezufuhr durchgeführt haben. Die Berliner Regierung, die aller Wahrscheinlichkeit nach Bescheid wusste, schweigt dazu; stattdessen wird dieser verbrecherische Angriff auf die deutsche Infrastruktur mit immer neuen Lügengeschichten vernebelt.

Die Berliner Regierung vergeudet Milliarden für den Stellvertreterkrieg in der Ukraine, der nicht erst 2022 begann, sondern bereits mit dem Angriff der Kiewer Regierung auf die Oblaste Donezk und Luhansk, die seinerzeit nach dem Putsch lediglich mehr Autonomie innerhalb der Ukraine forderten. Nachdem der britische Premier Boris Johnson im Einvernehmen mit der US-Regierung die Istanbul Friedensbemühungen boykottiert hatte, eskalierte der Ukraine-Krieg, Deutschland wurde zur Ader gelassen und immer mehr gegen die Russische Föderation in Stellung gebracht.

Es ist davon auszugehen, dass weder die USA noch Großbritannien Interesse an einer Wiederannäherung Deutschlands und Russlands sowie einer Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft haben. Im Gegenteil, sie werden das mit allen Mitteln verhindern. Deutschland steht seit 1945 unter Kuratel in einem permanenten Ausnahmezustand, und es ist dringend an der Zeit, diese Vormundschaft zu beenden.

Die wichtigsten Ziele einer vernünftigen Politik für Deutschland müssen sein:

- Austritt aus der NATO, die schon lange gegen ihre eigenen Statuten verstößt;
- Kündigung der Stationierungen ausländischen Militärs auf deutschem Territorium;
- Wiederaufnahme preiswerter Gaslieferungen aus Russland;
- Einstellung von Waffenlieferungen, insbesondere an Kriegsparteien;
- Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Staaten, zu denen das Verhältnis zurzeit gestört ist.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es eines grundlegenden Politikwechsels, der aber nicht mit den etablierten Parteien möglich ist. Daher sind die für den kommenden Februar angesetzten Wahlen lediglich eine Irreführung der Bevölkerung, die belogen und betrogen wird.

Von **Wolfgang Bittner** ist kürzlich das Buch "*Niemand soll hungern, ohne zu frieren – So wie es ist, kann und wird es nicht bleiben*" im Verlag zeitgeist erschienen.

Siehe auch: <https://www.youtube.com/watch?v=jMvwn947Jxc&t=2402s>

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Dezember 2024/Januar 2025 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2025. Alle Rechte vorbehalten.